



DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein



PROTEST GEGEN

PUTINS KRIEG

8. Mai 2022

Blickpunkt Landtagswahl

Wie läuft's?
Das ABC
zur Wahl

Was war?
Die Bilder der
Wahlperiode

Wer darf?
Das Wahlrecht
für Ausländer

03 **Meldungen**

Blickpunkt Landtagswahl

05 Das Quiz zur 19. Wahlperiode

06 Das Lexikon zur Landtagswahl



Begriffe erklärt: von A wie „Aktives Wahlrecht“ bis Z wie „Zweitstimme“

08 Die Ausgangslage vom Mai 2017, die Parteien, der Wahl-O-Mat

09 22 Abgeordnete mit 273 Jahren Erfahrung verlassen das Parlament

10 **Rückblick 1947:** Vor 75 Jahren kam der erste gewählte Landtag in Kiel zusammen – ein Aufbruch in die Demokratie

11 **Corona:** „Epidemische Lage“ im Januar, „Wendepunkt“ im Februar, Lockerungen im März

15 **Im Zentrum:** Bilderbogen 2017 bis 2022 – die Ereignisse der vergangenen fünf Jahre auf 20 Fotos



Abstandsregeln im Plenarsaal zu Beginn der Corona-Pandemie

19 **Plenum:** Massenphänomen Einsamkeit, „Jugend-Check“ für Gesetze, Studie über Sinti und Roma, Wiederaufbau Helgolands, Digitalisierung der Verwaltung, ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern, Auswirkungen des Ukraine-Kriegs

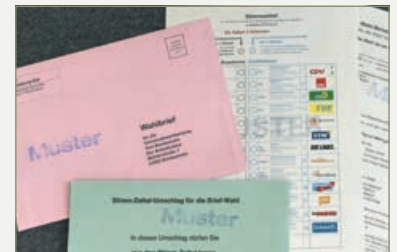
23 **Einfache Sprache:** Kinder und Jugendliche leiden in der Corona-Zeit besonders stark

24 **Personalien**

26 **Die Seite für das Ehrenamt**

27 **Veranstaltungen im Landeshaus:** 150 Jahre Landesarchiv, Frankreichs Botschafterin Anne-Marie Descôtes zum Ukraine-Krieg

28 **Ausschüsse:** Wahlrecht für Ausländer in der Diskussion, Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf Wirtschaft, Energieversorgung und Europapolitik



Wahlunterlagen: bald auch für mehr Menschen ohne deutschen Pass?

30 **Bücher:** Die Welt 2030, der Weg zum Berliner Machtwechsel, NS-Mahnmal in Itzehoe

31 **Ins Bild gerückt:** Zu Besuch im Landeshaus

32 Termine, Termine, Termine



ZÄHLBARES

20

Bei der Wahl am 8. Mai sind die Schleswig-Holsteiner zum 20. Mal seit 1947 aufgerufen, einen neuen Landtag zu wählen.

Mehr ab Seite 5

Der Schnappschuss

Kandidaten aller im Landtag vertretenen Parteien geben Ende März im Landeshaus den Startschuss zum Wahl-O-Mat. Mehr zu dieser Wahlhilfe im Internet: Seite 8, mehr zu den Kandidaten: Seite 25.

Klaus Schlie erneut erkrankt

Landtagspräsident Klaus Schlie ist erneut an Krebs erkrankt und lässt deswegen seine Amtsgeschäfte ruhen. Auf ärztlichen Rat hat er sich Anfang Februar bis auf Weiteres ins Private zurückgezogen, um sich auf die Bekämpfung der Erkrankung zu konzentrieren. Schlie musste sich bereits im vergan-

genen Jahr einer Krebstherapie unterziehen und war erst Anfang Januar in den politischen Betrieb zurückgekehrt. Die Leitung der Landtagssitzungen sowie weitere Termine wurden erneut von den Vizepräsidentinnen Kirsten Eickhoff-Weber, Aminata Touré und Annabell Krämer wahrgenommen.

Ukraine-Krieg: Sorgen und Solidaritätsbekundungen

Der Krieg in der Ukraine hat Erschütterung und Sorgen im Landtag ausgelöst. „Wir schauen voller Grauen in den Abgrund, der sich vor der Menschheit auftut“, sagte Parlamentsvizepräsidentin Aminata Touré am Vormittag des 24. Februar. Am Morgen dieses Tages hatte der russische Überfall auf das Nachbarland begonnen. Nichts gebe Russland das Recht, die Grenzen in Europa mit Gewalt neu zu ziehen, betonte Touré in einer Ansprache im Plenum des Landtages. Die Abgeordneten erhoben sich zu einer Gedenkminute für die Opfer des Krieges. Der Landtag befasste sich in einer Dringlichkeitsdebatte mit dem Thema (s. Kasten rechts) und verschob alle weiteren Debatten des Sitzungstages.

Am 8. März setzte der Landtag ein weiteres Zeichen der Solidarität mit der Ukraine. „Wir, die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages, verurteilen das perfide Vorgehen Russlands, das den Krieg in das Herz Europas getragen hat, auf das Schärfste“,

heißt es in einem Brief an den ukrainischen Botschafter Andrij Melnyk. Landtagsvizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber und die Fraktionsvorsitzenden unterzeichneten das Schreiben.

Mehr zum Ukraine-Krieg auf den Seiten 18, 22, 27 und 29



Die Vorsitzende der Kieler Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft, Iris Laufer (li.), begleitete im Landtag die Unterzeichnung des Solidaritätsbriefs. Rechts: Landtagsvizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber.

PUA zur „Rocker-Affäre“ legt Ergebnisse vor

Nach vier Jahren Arbeit, 97 Sitzungen und der Anhörung von 58 Zeugen sowie drei Betroffenen hat der Parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) zu Polizei-Ermittlungen gegen Rocker seine Arbeit Ende März beendet. Der Landtag nahm einstimmig den rund 1.100 Seiten umfassenden Abschlussbericht zur Kenntnis.

Insgesamt wurden neun Komplexe aufgearbeitet, darunter Vorwürfe der Aktenmanipulation, der Unterdrückung von Beweismitteln und des Mobbing. Es habe Fehler und Fehleinschätzungen in der Landespolizei und bei den Strafverfolgungsbehörden gegeben, so der Ausschussvorsitzende, der CDU-Abgeordnete

Tim Brockmann. Der PUA habe aber nicht feststellen können, dass „vorsätzlich oder strukturell Grenzen eines rechtstaatlichen Verfahrens überschritten wurden“.

Ausgangspunkt waren Ermittlungen gegen Rocker wegen einer Messerstecherei in einem Neumünsteraner Schnellrestaurant im Jahr 2010. Zwei Polizisten der Soko Rocker gaben an, ihr Vorgesetzter habe sie gehindert, entlassende Aussagen eines Informanten, eines sogenannten V-Manns aus der Rockerszene, vollständig zu protokollieren. Ein konkretes Ergebnis des PUA: Die Regelungen zum Einsatz von V-Leuten wurden inzwischen strenger gefasst.

Wortwörtlich

„Mit Glasnost, Perestroika und Mauerfall konnten wir uns seit 1989 mehr als dreißig Jahre lang über Frieden und Freiheit in Europa freuen. Statt gegenseitiger Bedrohung stand friedliche Koexistenz und Zusammenarbeit im Vordergrund. (...) Diese Friedensperiode ist mit den aktuellen Ereignissen in dieser Woche unwiderruflich zu Ende gegangen.“

(Tobias Koch, CDU)

...

„Das ist ein rabenschwarzer Tag für Europa, die Welt, für unsere gesamte Nachkriegsordnung und vor allem für die Menschen in der Ukraine. (...) Wir stehen fest an der Seite des ukrainischen Staates und der Bevölkerung in der Ukraine. Wir sind mit unserer ganzen Solidarität und unseren Herzen bei den Menschen.“

(Serpil Midyatli, SPD)

...

„Es ist Krieg in Europa. Aber vergessen wir nicht: Schon seit 2014 sterben in der Ukraine Menschen in einem bewaffneten Konflikt, der nie ruhte. Der heutige Tag ist also kein Startschuss, sondern der vorläufige Höhepunkt von Putins Aggressionspolitik.“

(Eka von Kalben, Grüne)

...

„Die internationale Ordnung wird von Seiten Russlands nicht anerkannt, und das ist ein gewaltiges Problem. Wir erleben einen überwunden geglaubten Kampf der Systeme – nicht nur mit Russland, sondern leider auch mit China und anderen. Deshalb werden jetzt nicht Naivität und Opportunismus gefordert sein, sondern Zusammenhalt mit unseren Verbündeten.“

(Christopher Vogt, FDP)

...

„So schön das hehre Ziel einer atomwaffenfreien Welt ist, so wichtig ist es auch, dass die freie Welt auf ihre atomare Abschreckung leider angewiesen ist. Und ähnliches gilt für die Verteidigungsfähigkeit in Europa und im NATO-Bündnis. Wir sind darauf angewiesen, dass wir hier stark sind und als stark wahrgenommen werden.“

(Lars Harms, SSW)

...

„Weil wir kein Interesse an einer Bündniseingliederung der Ukraine haben können, die Ukraine aber verständlicherweise Übergriffe Russlands fürchtet, muss ein Status gefunden werden, der diese unterschiedlichen Interessen friedlich vereint. Eine Möglichkeit liegt in einem von verschiedenen Mächten garantierten Neutralitätsstatus der Ukraine.“

(Jörg Nobis, AfD)

...

„Das Kriegsgebiet ist nah. Ein Flug von Hamburg nach Kiew dauert etwas mehr als zwei Stunden. Das ist etwa die gleiche Flugzeit wie nach Barcelona oder nach Dublin, Rom oder Helsinki.“

(Ministerpräsident Daniel Günther, CDU)

Aus der Dringlichkeitsdebatte am 24. Februar. Am Morgen hatte Russland die Ukraine angegriffen.



40 Jahre Patenschaft mit der „Gorch Fock“

Zum 40. Jubiläum seiner Patenschaft mit dem Segelschulschiff „Gorch Fock“ hat der Landtag die Bedeutung des Dreimasters hervorgehoben. „Die ‚Gorch Fock‘ war und ist ein maritimes Symbol Deutschlands“, sagte Landtagspräsident Klaus Schlie zum Auftakt der Januar-Tagung. Sie sei oft „als diplomatische Eisbrecherin“ unterwegs gewesen.

Ende März kehrte das runderneuerte Schiff von seiner ersten Ausbildungsreise nach der sechsjährigen Sanierungspause in den Heimathafen Kiel zurück. Parlamentsvizepräsidentin Annabell Krämer hieß die Bark und ihre Besatzung willkommen und würdigte insbesondere den langjährigen Kapitän Nils Brandt, für den diese Ausbildungsreise die letzte seiner Laufbahn war: „Sie haben die ‚Gorch Fock‘ im wahrsten Sinne des Wortes durch Höhen und Untiefen gesteuert, haben um ihre Existenz gekämpft und waren erfolgreich.“ Brandts Nachfolger auf der Kommandobrücke ist Kapitän zur See Andreas-Peter Graf von Kielmannsegg.

Notparlament ist verfassungsgemäß

Der vom Landtag in der Landesverfassung verankerte Notausschuss ist nicht verfassungswidrig. Das Parlament habe mit der Einrichtung nicht gegen die Rechte einer fraktionslosen Abgeordneten verstoßen, entschied das Landesverfassungsgericht Ende März (Az. LVerfG 4/21). Geklagt hatte die Abgeordnete Doris von Sayn-Wittgenstein. Sie sah ihre Rechte als fraktionslose Abgeordnete eingeschränkt: Sie könne weder Mitglied des Ausschusses werden noch über dessen Zusammensetzung mitbestimmen, da die Mitglieder von den Fraktionen bestimmt werden sollen.

Das Parlament hat den Notausschuss im März 2021 vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie in der Verfassung verankert. Mit mindestens elf Abgeordneten soll er die Funktions- und Handlungsfähigkeit des Landtages in einer schweren Katastrophe oder einer epidemischen Lage von überregionaler Tragweite sicherstellen. Das Landesverfassungsgericht führt aus, dass das Abstimmungsrecht der fraktionslosen Abgeordneten mit dem Notausschuss zwar eingeschränkt werde. „Diese Einschränkung ist aber dadurch gerechtfertigt, dass mit dem Notausschuss die Funktionsfähigkeit des Landtages unter Berücksichtigung der Mehrheitsverhältnisse im Plenum sichergestellt werden soll.“

Die Richter in Schleswig begründeten ihre Entscheidung außerdem damit, dass der Notausschuss enge zeitliche und inhaltliche Beschränkungen habe: „Er darf insbesondere weder die Verfassung ändern, noch ein konstruktives Misstrauensvotum abhalten oder anstelle des Landtags Wahlen durchführen.“

Es sei aber zu beachten, so das Gericht, „dass die Mitglieder des Notausschusses durch den Landtag gewählt werden müssen“. Denn: „Nur dadurch erhält der Notausschuss bei möglicher Mitwirkung aller Abgeordneten an dem Wahlakt diejenige demokratische Legitimation, die er wegen seiner besonderen Stellung als Notparlament benötigt.“

Newsletter des Landtages geht an den Start

Ein neuer Landtags-Newsletter versorgt Interessierte künftig mit Informationen aus dem Parlament. Der Newsletter liefert eine Übersicht der Neuigkeiten aus dem Landeshaus und enthält Highlights aus den vielfältigen Informationsangeboten des Landtages. Leser erfahren zeitnah von aktuellen politischen Debatten, Initiativen oder Gesetzen ebenso wie von Veranstaltungen und Terminen sowie neuen Publikationen. Einblicke in die sozialen Netzwerke, in politische Abläufe und Fachsprache ergänzen das Angebot. Der Newsletter wird per Mail versendet und ist außerdem als barrierefreie Webversion verfügbar. Anmeldungen sind auf der Website des Landtages unter [Aktuelles/Newsletter](#) möglich.

Sondervermögen zur Altersvorsorge

Zur Finanzierung der Altersentschädigung der Landtagsabgeordneten wird ein Sondervermögen eingerichtet. Das hat der Landtag Ende März mit großer Mehrheit beschlossen. Das Sondervermögen soll auch der Versorgung von Hinterbliebenen dienen. Es wird bei der Aufstellung des Landeshaushalts zum Jahresende aus dem Einzelplan des Landtages finanziert.

Laut einem Beschluss aus dem Juni 2020 wird die Altersentschädigung ab der kommenden Wahlperiode auf Basis der monatlichen Grundentschädigung berechnet. Sie wird ab dem 67. Lebensjahr an ehemalige Parlamentarier gezahlt, die mindestens ein Jahr lang ihr Mandat innehatten. Mit jedem Jahr der Mandatszeit steigt die Summe um 1,5 Prozent der Grundentschädigung an. Der Höchstbetrag wird nach einer Mandatszeit von 40 Jahren erreicht. Er beträgt 60 Prozent der Grundentschädigung. Die Regelung folgt den Empfehlungen einer unabhängigen Sachverständigenkommission. Bislang erhalten die Abgeordneten über die Grundentschädigung hinaus gut 1.800 Euro monatlich, die sie privat in eine Altersvorsorge investieren müssen.

Das Quiz

Sieben Begebenheiten aus den vergangenen fünf Jahren: Zu jeder Antwort gehört ein Buchstabe, die richtigen Buchstaben ergeben das Lösungswort.

1 Wer eröffnete die neue Wahlperiode am 6. Juni 2017 als Alterspräsident?

- | | |
|--------------------------|---|
| a) Daniel Günther, CDU | B |
| b) Wolfgang Kubicki, FDP | W |
| c) Ralf Stegner, SPD | L |
| d) Robert Habeck, Grüne | M |

2 Anträge, Gesetzentwürfe und Anfragen an die Landesregierung werden mit einer Drucksachenummer versehen. In der laufenden Wahlperiode wurden knapp 4.000 Dokumente nummeriert. Welches Thema hatte die Drucksache 1234?

- | | |
|-----------------------------------------------------------|---|
| a) „Wahl des Ministerpräsidenten“ | O |
| b) „Deutsches Institut für Tourismusforschung“ | E |
| c) „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Waldgesetzes“ | U |
| d) „FridaysForFuture sind gelebte politische Bildung“ | A |

3 Am 20. November 2017 waren die TV-Stars Oliver Mommsen, Tanja Wedhorn und Roman Knižka zu Gast. Sie lasen Briefe und Gedichte von Theodor Storm und Theodor Mommsen. Der Althistoriker und Literatur-Nobelpreisträger aus Garding war Oliver Mommsens Urgroßvater. Wie hieß der Kommissar, den Oliver Mommsen im „Tatort“ gespielt hat?

- | | |
|---------------------|---|
| a) Frank Thiel | S |
| b) Nils Stedefreund | H |
| c) Klaus Borowski | G |
| d) Heinz Haferkamp | J |



4 Am 23. Mai 2017 empfing Landtagspräsident Klaus Schlie die Kicker von Holstein Kiel, die kurz zuvor den Aufstieg in die 2. Bundesliga geschafft hatten. Wie hieß der Kapitän der erfolgreichen „Störche“-Mannschaft?

- | | |
|--------------------|---|
| a) Dominic Peitz | P |
| b) Tim Siedschlag | M |
| c) Steven Lewerenz | R |
| d) Rafael Czichos | L |



5 Am 16. Dezember 2021 war ein Losentscheid nötig, um den letzten schleswig-holsteinischen Sitz in der Bundesversammlung zu bestimmen. Landtagsvizepräsidentin Annabell Krämer hatte vier Kugeln im Glas – welche Partei machte das Rennen?

- | | |
|--------------------------|---|
| a) Bündnis 90/Die Grünen | T |
| b) Die SPD | K |
| c) Der SSW | G |
| d) Die FDP | V |



7 Im September 2021 kehrte der Wandteppich mit dem Landeswappen nach 18 Jahren ins Landeshaus zurück. Das Kunstwerk, das jahrelang den alten Plenarsaal im 1. Stock geschmückt hatte, hing zuletzt im Landesarchiv in Schleswig. Wie hieß der Künstler, der den Teppich gestaltet hat?

- | | |
|-----------------------|---|
| a) Jobst von Berg | K |
| b) Bartholomäus Bossi | L |
| c) Alwin Blaue | G |
| d) Friedrich Brandt | D |

6 Anfang 2020 erinnerte eine Theateraufführung im Landtag an das 100. Jubiläum der deutsch-dänischen Grenzziehung. Wie hieß das Stück, das Schüler aus Apenrade und Studenten aus Flensburg auf die Bühne brachten?

- | | |
|----------------|---|
| a) „Reptilien“ | H |
| b) „Kakteen“ | E |
| c) „Geranien“ | S |
| d) „Amphibien“ | A |

Auflösung: Seite 29

20 SCHLESWIG-HOLSTEIN Wahl 8. MAI 22

Die schleswig-holsteinischen Wähler werden am 8. Mai über die Zusammensetzung ihres neuen Landtages entscheiden. Welche rechtlichen und organisatorischen Fragestellungen dabei eine Rolle spielen, steht in unserem kleinen

Lexikon zur Landtags- wahl



Aktives Wahlrecht: An der Landtagswahl darf jeder deutsche Staatsbürger als Wähler teilnehmen, der am Wahltag 16 Jahre alt ist und seit mindestens sechs Wochen in Schleswig-Holstein wohnt.

Ausgleichsmandate: Das Kräfteverhältnis der Zweitstimmen muss sich in der Mandatsverteilung im Landtag widerspiegeln. Für den Fall, dass eine Partei > Überhangmandate errungen hat, stehen den anderen Landtagsparteien Ausgleichsmandate zu. Diese werden über die > Landeslisten besetzt.

Barrierefreiheit: Menschen mit Behinderung sollen ohne Probleme an der Wahl teilnehmen können. Deshalb sollen Wahllokale barrierefrei sein, d.h. auch für Gehbehinderte oder Rollstuhlfahrer zugänglich sein. Für Sehbehinderte und Blinde gibt es spezielle Wahl-Schablonen mit Braille-Schrift.

Briefwahl: Wer sich am Wahltag außerhalb seines Wahlgebietes aufhält, das Wahllokal aus gesundheitlichen Gründen gar nicht oder nur schwer aufsuchen kann oder Sorgen wegen Corona hat, für den gibt es die Möglichkeit der Briefwahl. Wer die Unterlagen persönlich beim Wahlamt seiner Gemeinde abholt, kann die Briefwahl auch gleich an Ort und Stelle ausüben. Briefwahlunterlagen werden bis zum Freitag vor der Wahl, 12:00 Uhr, erteilt. Wer danach erkrankt und deshalb nicht im Wahlraum wählen kann, kann auch noch am Wahltag bis 15:00 Uhr Briefwahlunterlagen beantragen.

Erststimme: 1997 wurde in Schleswig-Holstein das auch bei der Bundestagswahl angewendete Zweistimmenwahlrecht eingeführt. Es kam bei der Wahl 2000 zum ersten Mal zur Anwendung. Mit der Erststimme benennen die Wähler eine Person als Direktkandidaten für ihren jeweiligen > Wahlkreis.

Konstituierende Sitzung: 30 Tage nach der Wahl muss das Parlament zu seiner ersten Sitzung zusammentreten. Auf dieser konstituierenden Sitzung steht die Wahl des Landtagspräsidentiums auf der Tagesordnung – falls die Regierungsbildung bis dahin abgeschlossen ist, auch die Wahl des Ministerpräsidenten oder der Ministerpräsidentin. Der neue 20. Landtag wird am Dienstag, den 7. Juni, zum ersten Mal zusammenkommen. Bereits in der Woche nach der Wahl treten die Fraktionen zum ersten Mal zusammen.

Kreuz: Die Stimme für einen Kandidaten (> Erststimme) oder eine Liste (> Zweitstimme)

wird auf dem Wahlzettel in Deutschland üblicherweise durch ein Kreuz im jeweiligen Feld kenntlich gemacht. Dies kann aber auch durch Ausfüllen, Umranden, Unterstreichen, Abhaken oder den Zusatz „ja“ geschehen.

Landeslisten: Über die > Zweitstimme werden 34 Bewerber aus den Landeslisten jener Parteien gewählt, die den Einzug in den Landtag geschafft haben. Weitere 35 Abgeordnete werden in den > Wahlkreisen direkt gewählt. Die Zahl der über die Landeslisten vergebenen Mandate kann sich erhöhen, wenn > Überhangmandate entstehen.



Landeswahlleiter: Der Landeswahlleiter Tilo von Riegen ist zuständig für die Europawahl, die Bundestagswahl und die Landtagswahl in Schleswig-Holstein. Er wurde 2015 von der Landesregierung auf unbestimmte Zeit ernannt. Von Riegen ist Leiter der Kommunalabteilung im Innenministerium im Range eines Ministerialdirigenten.

Legislaturperiode: Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird, wie 15 der 16 Landesparlamente, für die Dauer von fünf Jahren gewählt – außer, es kommt durch eine Selbstauflösung oder eine verlorene Vertrauensfrage zu einer vorzeitigen Neuwahl. Lediglich Bremen hat eine vierjährige Wahlperiode.

Listennachfolge: Die Besetzung des Parlaments kann sich im Laufe der Wahlperiode ändern – etwa dann, wenn ein Abgeordneter sein > Mandat niederlegt. In diesem Fall rückt der nächstfolgende Kandidat von der > Landesliste der Partei in den Landtag nach, der bereit ist, das Mandat anzunehmen.

Mandate: Im Jahr 2003 wurde die Zahl der Sitze im Schleswig-Holsteinischen Landtag von 75 auf 69 verringert. Diese Zahl kann sich jedoch durch > Überhang- und > Ausgleichsmandate erhöhen. So sitzen in der derzeitigen 19. Wahlperiode 73 Parlamentarier im Haus an der Förde.

Öffentlichkeit: Die Bürger haben die Möglichkeit, im Wahllokal den ordnungsgemäßen Ablauf der Wahl und der Auszählung zu verfolgen. Auch eine Einsicht in das Wählerverzeichnis ist in den Wochen vor der Wahl möglich.

Passives Wahlrecht: Wer sich um ein Landtagsmandat bewerben will, muss deutscher Staatsbürger sein, das 18. Lebensjahr vollendet haben sowie seit mindestens drei Monaten in Schleswig-Holstein mit alleinigem oder Hauptwohnsitz gemeldet sein.

Sperrklausel: Um den Einzug in den Landtag zu erreichen, muss eine Partei mindestens fünf Prozent der > Zweitstimmen auf sich vereinen. Ausnahme: Der SSW ist als Partei der dänischen Minderheit von dieser Regelung befreit. Um im Landtag vertreten zu sein, muss er aber so viele Stimmen erringen, wie für ein einziges Mandat mindestens notwendig wären.

Überhangmandate: Hat eine Partei mehr Direktmandate in den > Wahlkreisen gewonnen als ihr gemäß ihrem > Zweitstimmenanteil zustehen, bleiben ihr diese Mandate erhalten. Die anderen Landtagsparteien erhalten in

diesem Fall > Ausgleichsmandate. Dadurch soll das nach den Zweitstimmenanteilen bestimmte Kräfteverhältnis gewahrt bleiben.

Ungültig: Ein Stimmzettel gilt als ungültig, wenn er den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lässt – wenn also beispielsweise mehrere Listen oder Kandidaten markiert sind, wenn anstelle einer Markierung ein Kommentar auf den Wahlzettel geschrieben wurde oder wenn das Papier erheblich beschädigt ist.

Wahlkreise: Schleswig-Holstein ist in 35 Wahlkreise aufgeteilt. Hier erringt jeweils der Kandidat mit den meisten > Erststimmen ein Mandat im Landtag. Weitere 34 Mandate werden über die > Landeslisten vergeben.

Wahlprüfung: Gegen die Gültigkeit der Wahl kann jeder Bürger innerhalb von zwei Wochen nach Bekanntgabe des endgültigen Wahlergebnisses Einspruch erheben. Die Wahlprüfung obliegt dem neu gewählten Landtag. Gegen dessen Entscheidung wiederum kann vor dem Landesverfassungsgericht geklagt werden.

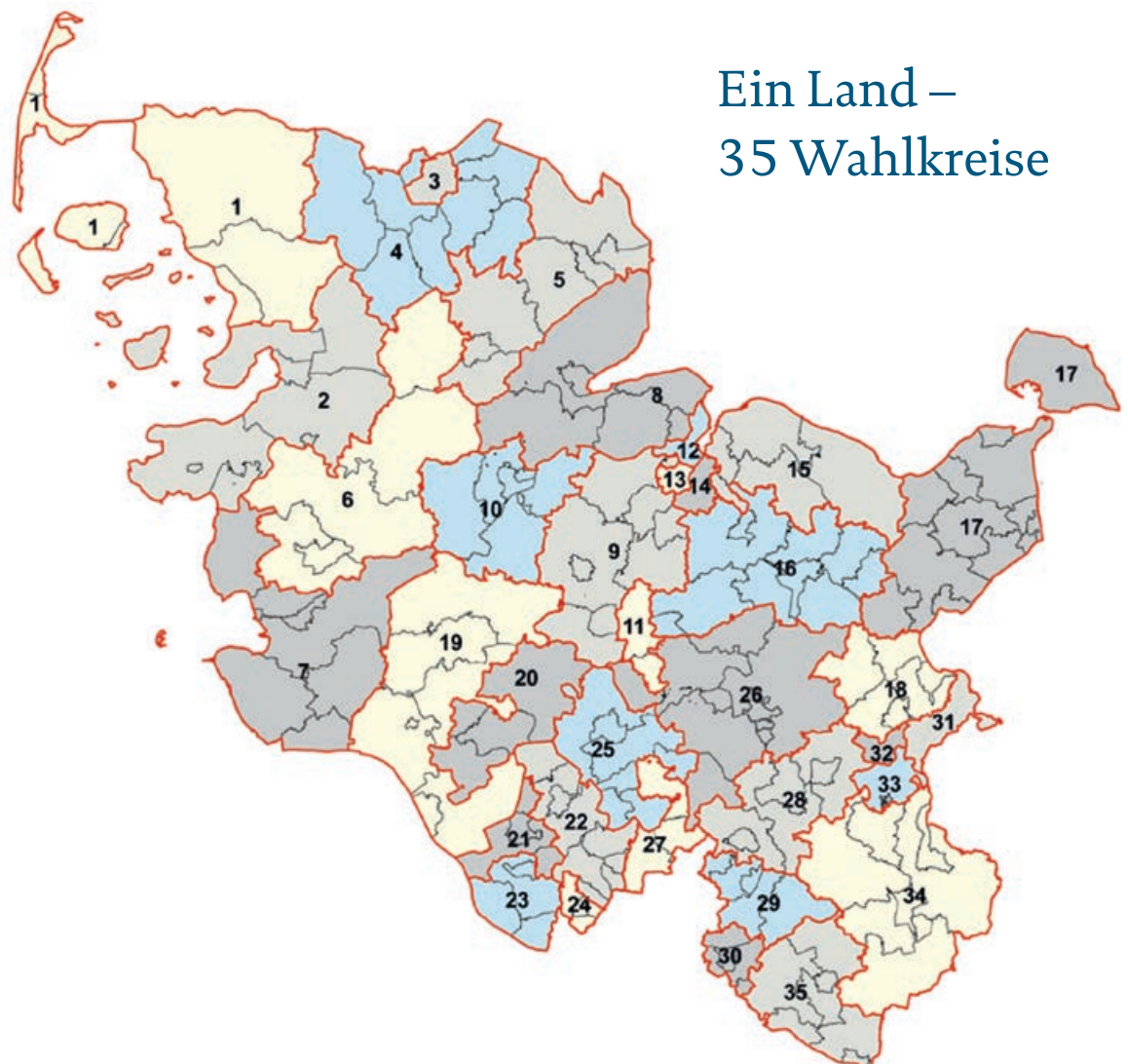
Zählverfahren: In Schleswig-Holstein wird das Höchstzahlverfahren nach André Sainte-



Laguë und Hans Schepers angewendet, um die Wählerstimmen in Mandate umzurechnen. Es ist benannt nach einem französischen Mathematiker und einem langjährigen Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung. Hierbei werden die für die einzelnen Parteien abgegebenen Stimmen nacheinander durch 0,5, 1,5, 2,5 und so weiter geteilt. Die Parlamentssitze werden dann in der Reihenfolge der größten sich daraus ergebenden Zahlen zugeteilt.

Zweitstimme: Mit der Zweitstimme entscheiden sich die Wähler für die > Landesliste einer Partei. Mit ihr legen sie das Kräfteverhältnis der im Landtag vertretenen Parteien fest. Die Zweitstimme ist die wichtigere der beiden Stimmen, denn mit ihr bestimmen die Bürger die Stärke einer Partei im Parlament.

- 1 Nordfriesland-Nord
- 2 Nordfriesland-Süd
- 3 Flensburg
- 4 Flensburg-Land
- 5 Schleswig
- 6 Dithmarschen-Schleswig
- 7 Dithmarschen-Süd
- 8 Eckernförde
- 9 Rendsburg-Ost
- 10 Rendsburg
- 11 Neumünster
- 12 Kiel-Nord
- 13 Kiel-West
- 14 Kiel-Ost
- 15 Plön-Nord
- 16 Plön-Ostholstein
- 17 Ostholstein-Nord
- 18 Ostholstein-Süd
- 19 Steinburg-West
- 20 Steinburg-Ost
- 21 Elmshorn
- 22 Pinneberg-Nord
- 23 Pinneberg-Elbmarschen
- 24 Pinneberg
- 25 Segeberg-West
- 26 Segeberg-Ost
- 27 Norderstedt
- 28 Stormarn-Nord
- 29 Stormarn-Mitte
- 30 Stormarn-Süd
- 31 Lübeck-Ost
- 32 Lübeck-West
- 33 Lübeck-Süd
- 34 Lauenburg-Nord
- 35 Lauenburg-Süd



Ein Land – 35 Wahlkreise

16 Parteien stehen zur Wahl

Zur Landtagswahl am 8. Mai dürfen 16 Parteien antreten.

Das entschied der Landeswahlausschuss Mitte März in Kiel. Dies sind:

- Christliche Demokratische Union Deutschlands – CDU
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands – SPD
- Bündnis 90/Die Grünen – **Grüne**
- Freie Demokratische Partei – FDP
- Alternative für Deutschland – AfD
- Südschleswigscher Wählerverband – SSW
- Die Linke
- Piratenpartei Deutschland – Piraten
- Freie Wähler
- Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative – **Die Partei**
- Zukunft. – Z.
- Basisdemokratische Partei Deutschland – **dieBasis**
- Partei der Humanisten – **Die Humanisten**
- Partei für Gesundheitsforschung – **Gesundheitsforschung**
- Partei Mensch Umwelt Tierschutz – **Tierschutzpartei**
- Volt Deutschland – **Volt**

Die Landeslisten der Partei Bündnis C – Christen für Deutschland und der Familienpartei Deutschlands wurden nach Angaben des Landeswahlausschusses nicht zugelassen, weil die erforderlichen 500 Unterstützungsunterschriften nicht korrekt vorgelegt worden waren. Die ebenfalls vorschlags-

berechtigten Parteien Liberal-Konservative Reformer (LKR) und Demokratie in Bewegung (DiB) hatten keine Landeslisten eingereicht. Auch die Deutsche Partei (DP), die „freiheitsbewegung“ und die Partei LIMIT scheiterten im Zulassungsverfahren.

Volles Landeshaus erwartet

Das Landeshaus ist am Wahlsonntag, dem 8. Mai, fest in der Hand der Medien und der Politik. Es werden rund 1.000 Vertreter von Funk-, Fernseh-, Print- und Onlinemedien erwartet. Hinzu kommen noch einmal rund 1.000 Gäste der Fraktionen. Wegen dieses Andrangs und wegen Sicherheitsauflagen ist es am Wahlsonntag leider nicht möglich, das Haus für die Bürger zu öffnen.

Wohin mit dem Kreuz?

Der Wahl-O-Mat hilft

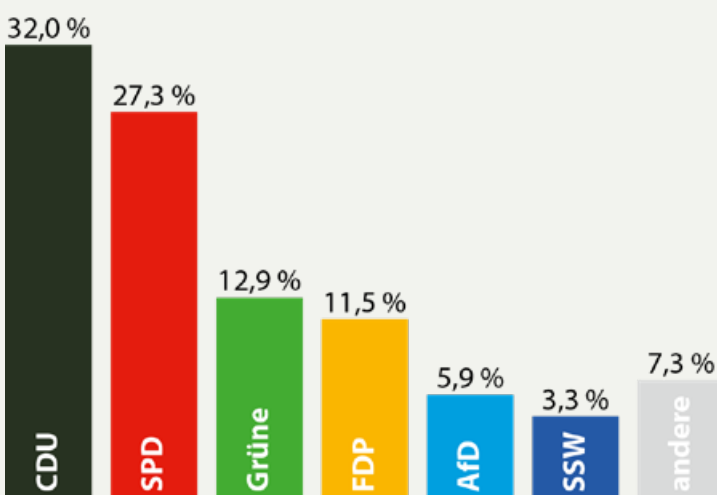
Wer noch nicht weiß, wo er am 8. Mai seine Kreuzchen setzen soll, kann auch bei dieser Wahl auf eine erfolgreiche Internetseite zurückgreifen: Der Wahl-O-Mat ist Ende März an den Start gegangen.

Der Wahl-O-Mat ist ein Frage-und-Antwort-Spiel im Internet, das zeigt, welche Partei der eigenen politischen Position am nächsten steht. Nutzer können 38 Thesen mit „stimme zu“, „stimme nicht zu“, „neutral“ oder „These überspringen“ kommentieren. Alle zur Wahl zugelassenen Parteien haben ebenfalls Stellung bezogen. Die Nutzer können ihre eigenen Standpunkte mit denen der Parteien abgleichen, und der Grad der Übereinstimmung wird errechnet. Die 38 Thesen des Frage-Antwort-Tools wurden von Jung- und Erstwählern gemeinsam mit Mitarbeitern des Landesbeauftragten für politische Bildung, der Bundeszentrale für politische Bildung und Fachleuten für die schleswig-holsteinische Landespolitik formuliert. Der Wahl-O-Mat ist das erfolgreichste Tool zur Information vor Wahlen in Deutschland. Die Bundeszentrale für politische Bildung hat ihn seit 2002 bei den meisten Wahlen zu den Landtagen, zum Bundestag und zum EU-Parlament an den Start gebracht. Zur Landtagswahl 2017 in Schleswig-Holstein wurde er mehr als 562.000 Mal genutzt.

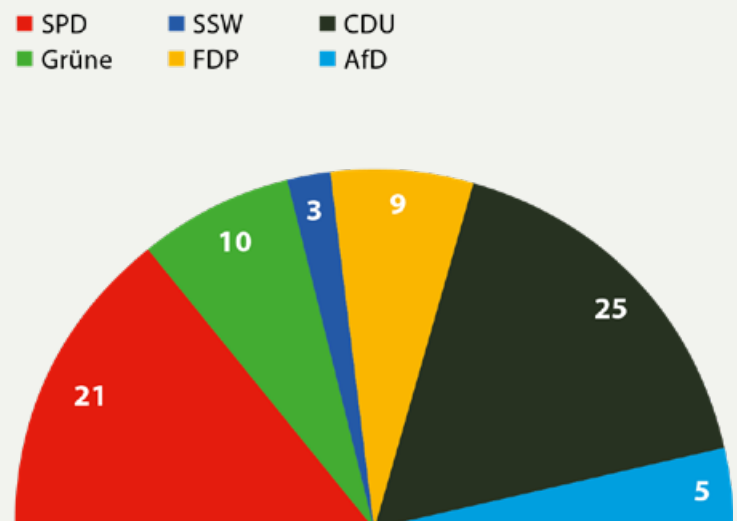
Der Wahl-O-Mat ist unter www.wahlomat.de zu erreichen.

Die Ausgangslage

Das Ergebnis der Landtagswahl vom 7. Mai 2017



Die Sitzverteilung zu Beginn der Wahlperiode – 73 Sitze



Im Laufe der Wahlperiode sind zwei AfD-Abgeordnete aus der Fraktion ausgeschlossen worden bzw. sind ausgetreten. Diese beiden Abgeordneten sind seitdem fraktionslos. Laut Landeswahlgesetz hat der Landtag in der Regel 69 Mitglieder. Die Zahl kann aber steigen, etwa durch Überhang- und Ausgleichsmandate.

Abschied von 273 Jahren Parlamentserfahrung

22 Abgeordnete treten bei der Wahl am 8. Mai nicht mehr an



Hans-Jörn Arp, CDU, seit 2000 im Landtag



Wolfgang Baasch, SPD, seit 1996 im Landtag



Marret Bohn, Grüne, seit 2009 im Landtag



Stefan Bolln, SPD, von 2016 bis 2017 sowie seit 2021 im Landtag



Frank Brodehl, fraktionslos, seit 2017 im Landtag



Heiner Duncel, SPD, seit 2017 im Landtag



Wolf-Rüdiger Fehrs, CDU, seit 2017 im Landtag



Marlies Fritzen, Grüne, seit 2009 im Landtag



Hartmut Hamerich, CDU, seit 2005 im Landtag



Bernd Heinemann, SPD, seit 2009 im Landtag, von 2012 bis 2017 Landtagsvizepräsident



Klaus Jensen, CDU, seit 2012 im Landtag



Hans Hinrich Neve, CDU, seit 2009 im Landtag



Barbara Ostmeier, CDU, seit 2009 im Landtag



Tobias von Pein, SPD, seit 2012 im Landtag



Burkhard Peters, Grüne, seit 2012 im Landtag



Regina Poersch, SPD, seit 2005 im Landtag



Jan Marcus Rossa, FDP, seit 2017 im Landtag



Thomas Rother, SPD, seit 2000 im Landtag



Doris von Sayn-Wittgenstein, fraktionslos, seit 2017 im Landtag



Klaus Schlie, CDU, von 1996 bis 2005 sowie seit 2009 im Landtag, seit 2012 Landtagspräsident



Ines Strehlau, Grüne, seit 2009 im Landtag



Bernd Voß, Grüne, seit 2009 im Landtag

Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie blicken wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat. Auf den Tag genau 75 Jahre vor der Wahl am 8. Mai 2022 trat der erste gewählte Landtag in Kiel zusammen.

8. Mai 1947

Demokratie und ein einiges Europa als Ziele

Die erste Landtagswahl nach dem Zweiten Weltkrieg brachte den Sozialdemokraten einen fulminanten Sieg. Sie errangen 43 der 70 Mandate und bildeten die Landesregierung. In der konstituierenden Sitzung am 8. Mai 1947 stellte Ministerpräsident Hermann Lüdemann sein Programm vor, gefolgt von Beiträgen der Fraktionsvorsitzenden. Angesichts von Hunger, Wohnungsnot und Krankheiten wurde von den Alliierten ein rascher Wiederaufbau Deutschlands gefordert. Die Opfer der Nazi-Herrschaft und die deutsche Schuld an der Verwüstung Europas spielten hingegen kaum eine Rolle.

Ministerpräsident Hermann Lüdemann (SPD) warb für ein demokratisches Deutschland und ein vereintes Europa: „Wenn heute der 3. Schleswig-Holsteinische Landtag zusammentritt, so möchte ich hoffen und wünschen, dass damit für unser schwer ringendes Land eine neue Zeit

beginnt und durch die Arbeit des ersten gewählten Landtages der Aufstieg unseres Volkes zu neuem Leben eingeleitet wird. (...) Dieses Parlament wurde durch das Vertrauen der Bevölkerung berufen, den Weg einer fortschrittlichen und aufbauenden Politik zu beschreiten. Wir sind uns der Größe und der Schwierigkeit der Aufgabe bewusst. Sie kann endgültig nur gelöst werden, wenn Deutschland als gleichwertiger Faktor in einer friedfertigen Völkerfamilie Europas seinen Platz wieder eingenommen hat. Ein vereintes Europa kann und wird es nicht geben, wenn nicht die Schranke des Hasses und des Misstrauens endlich niedergerissen und der Frieden gefunden wird, auf den Millionen Menschen nicht nur in der Krankenstube Deutschland, sondern in ganz Europa mit heißem Herzen warten. (...) Ziel unserer Arbeit ist ein wahrhaft demokratisches Deutschland, das bis zum letzten Bürger in seinem Denken und Handeln durch den Geist der Friedfertigkeit, der Toleranz und freien Menschlichkeit sich leiten lässt.“



Ministerpräsident Hermann Lüdemann spricht vor den Mitgliedern des Landtages in der Pädagogischen Akademie in Kiel-Hassee. Im Vordergrund: Musiker des Städtischen Orchesters, die die Sitzung mit einem Concerto von Georg Friedrich Händel eröffnet hatten.

Die Demokratie ist letzten Endes eine Staatsform. Solange dem deutschen Volk nicht erlaubt wird, einen deutschen Staat mit demokratischen Mitteln zu errichten, solange kann eine Demokratie in Deutschland nicht bestehen. Es gibt nur einen Weg, auf welchem das Volk reif für die Demokratie werden kann: indem man sie praktisch ausübt.“

Carl Schröter, CDU-Fraktionsvorsitzender, betonte deutsche Tugenden: „Eines Tages wird der Zeitpunkt da sein, wo die Flut des Hasses gegen das deutsche Volk abgeebbt ist. Eines Tages wird der Zeitpunkt da sein, wo man bereit ist, dem deutschen Volk wieder ein Leben in Freiheit einzuräumen, das wert ist, gelebt zu werden. Dann ist vielleicht der Zeitpunkt da, dass die Welt der Tatsache eingedenk wird, dass die nationalsozialistische Periode, so furchtbar sie gewesen ist, doch letzten Endes nur eine Episode in der langen Geschichte unseres deutschen Volkes gewesen ist. Dann wird auch der Welt bewusst werden, dass unser deutsches Volk in langen Jahrhunderten der Menschheit unvergängliche Werte gegeben hat, und, meine Damen und Herren, das ist meine feste Überzeugung, ich bin der Meinung, das deutsche Volk wird der Menschheit auch künftig noch etwas zu geben haben, wenn man nur unser Volk als freies Volk unter freien Völkern leben lässt.“

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Andreas Gayk forderte mehr Mitspracherechte für die Deutschen: „Wenn die Welt nicht endlich begreift, dass großzügige Hilfe vernünftiger und auch billiger ist als diese qualvolle Fortwurstelei, dann geht nicht nur Deutschland, dann geht ganz Europa Zuständen entgegen, gegen die alles, was wir nach dem Zusammenbruch erlebt haben, nur ein Kinderspiel sein wird. (...)“

Der Vertreter des Südschleswigschen Vereins, Samuel Münchow, pochte in seinem kurzen Beitrag auf die Rechte der Dänen im Grenzland: „In Verbindung mit der Regierungserklärung stellen wir fest, dass wir stets bereit sind, mit der Regierung in Zusammenarbeit zu stehen. Wir betonen jedoch, dass wir uns verpflichtet fühlen, vor allem dem Wohle unserer südschleswigschen Heimat zu dienen.“

10. Januar

Parlament ruft epidemische Lage aus

Um die Jahreswende steigen die Corona-Zahlen sprunghaft an, und Schleswig-Holstein zählt zu den Bundesländern mit der höchsten Sieben-Tage-Inzidenz. In einer Sondersitzung beschließt der Landtag die epidemische Lage für das Land. Kurz darauf treten strengere Vorgaben in Kraft. Das Parlament streitet zudem über die offenen Discos über Weihnachten.

Das Infektionsgeschehen sei wegen der Dominanz der ansteckenderen Omikron-Variante sehr dynamisch, sagt Gesundheitsminister Heiner Garg (FDP) in einer Regierungserklärung: „Uns allen stehen erneut schwierige und herausfordernde Wochen bevor.“ Der Gesundheitsminister vertritt Regierungschef Daniel Günther (CDU), der wegen Kontakts zu einer infizierten Person aus seinem Arbeitsumfeld im Hotel in Quarantäne ist. „Unmittelbar vor und sogar an Weihnachten hatte Schleswig-Holstein die mit Abstand niedrigste Inzidenz“, betont Garg: „Die Landesregierung hat die damals offenbar bereits stattgefundenen Ausbreitung der Omikron-Variante im Land unterschätzt.“

SPD-Fraktionschefin Serpil Midyatli greift die Landesregierung angesichts der offenen Discos über Weihnachten scharf an. Es habe an Einsicht und Umsicht gefehlt, und das Land sei einen gefährlichen und falschen Weg gegangen. „Herr Ministerpräsident, hier im Land tragen Sie die Verantwortung“, merkt Midyatli an. Auch Eka von Kalben (Grüne), Christopher Vogt (FDP) und Jette Waldinger-Thiering (SSW)

nennen das Offenhalten der Discos einen Fehler. CDU-Fraktionschef Tobias Koch verteidigt die Regierung: „Die schleswig-holsteinische Regelung für Diskotheken, Bars und Clubs war deutlich strenger als bundesweit mit Bundeskanzler Olaf Scholz vereinbart.“ Allerdings, so Koch, „hätte man diese Maßnahmen statt am 28. Dezember 2021 auch ohne Weiteres schon am 24. Dezember oder auch am 23. Dezember in Kraft treten lassen können.“

Nach dem Landtagsbeschluss zur epidemischen Lage werden Diskotheken geschlossen, und für Gaststätten gilt eine Sperrstunde von 23:00 bis 5:00 Uhr. In Lokalen tritt die 2G-plus-Regel in Kraft. Damit haben nur Geimpfte und Genesene mit frischem negativem Test oder Auffrischungsimpfung Zutritt. Garg kündigt zudem für Kitas eine Testpflicht für immunisierte Mitarbeiter ohne Auffrischungsimpfung an. Bei Sitzveranstaltungen im Theater, im Kino oder bei Konzerten sind maximal 500 Menschen erlaubt. Auf diese Schritte haben sich CDU, Grüne und FDP mit SPD und SSW verständigt. Die AfD stimmt dagegen.

AfD scheitert mit Verfassungsklage

Die Sondersitzung Anfang Januar findet in drei Sälen des Landeshauses statt, die per Videotechnik miteinander verbunden sind. Im Plenarsaal gilt 2G-plus (geimpft, genesen sowie negativer PCR-Test). Abgeordnete, die nicht geimpft oder genesen sind oder die diese Information nicht offenlegen wollen, dürfen den Saal nur nach einem Test betreten und müssen dort eine Maske tragen. Wer die Anforderungen nicht erfüllt, muss die Sitzung per Videoübertragung von einem anderen Saal aus verfolgen, in dem die 3G-Regel gilt (geimpft, genesen, getestet). Dort gibt es auch die Möglichkeit zu Wortbeiträgen, die in den Plenarsaal übertragen werden.

Dieses Verfahren sei „verfassungswidrig“, kritisiert die AfD. Die „Gleichheit der Abgeordneten“ werde missachtet, und eine „diskriminierungsfreie Teilnahme“ sei nicht möglich, weil der Impfstatus öffentlich nachvollziehbar sei. Die AfD klagt beim Landesverfassungsgericht in Schleswig gegen die Sitzung und die getroffenen Beschlüsse. Das Gericht weist die Eilanträge der drei AfD-Abgeordneten Ende Januar ab. Es sei Abgeordneten zumutbar, einen PCR-Test machen zu lassen oder im Plenarsaal eine Maske zu tragen. Wenn sie unter diesen Bedingungen nicht an den Sitzungen im Plenarsaal teilnahmen, täten sie dies freiwillig, so das Gericht.



Eine Sitzung, mehrere Säle: Das Geschehen im Plenarsaal wird Anfang Januar in den Konferenzsaal im 1. Stock des Landeshauses übertragen.

26. Januar

Schulen sollen offenbleiben

Die Landesregierung will Bildungseinrichtungen trotz hoher Inzidenzwerte nur in absoluten Ausnahmefällen schließen. Offene Schulen seien für Kinder und Jugendliche „von enormer Bedeutung“, betont Bildungsministerin Karin Prien (CDU).

Die SPD fordert dagegen, neben Präsenzunterricht auch Wechsel- und Distanzunterricht zu ermöglichen. Hunderte Lehrkräfte und tausende Schüler hätten sich in den ersten Wochen des Jahres infiziert, merkt der Sozialdemokrat Martin Habersaat an. Jamaika habe keine Konzepte und agiere „unterkomplex“. Es gebe viele Möglichkeiten zwischen „Schule auf“ und „Schule zu“, so Habersaat. Der SPD-Antrag findet jedoch keine Mehrheit.

Ministerin Prien erklärt, in allen Bildungseinrichtungen werde auf höchstmöglichen Schutz geachtet. Jede Woche würden fast eine Million Tests an Schulen abgenommen. Sie sei stolz darauf, dass Impfteams nun auch zum Boostern an die Schulen führen und dass Schleswig-Holstein damit eine Vorreiterrolle einnehme. Zudem gebe es eine Testpflicht für alle Beschäftigten, unabhängig vom Impfstatus. Und: Schüler, die selbst ein erhöhtes

Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf haben oder mit einer Person mit einem erhöhten Risiko zusammenleben, hätten weiter die Möglichkeit der Beurlaubung.

Abschlussprüfungen und Zeugnisse soll es auch während der Pandemie auf jeden Fall geben. Ein entsprechender Entwurf zur Änderung des Schulgesetzes von Jamaika, SPD und SSW wird einstimmig angenommen. Demnach können die Prüfungen auch an Sonnabenden, in den Ferien, an Feiertagen oder per Videokonferenz ablaufen.

14. Februar

Experten halten Lockerungen für vertretbar

Immer mehr Menschen erkranken an der Omikron-Variante, aber die Situation in den Krankenhäusern erscheint beherrschbar. Vor diesem Hintergrund halten Corona-Experten Lockerungen im öffentlichen Leben nicht nur für möglich, sondern auch für nötig. Das ergibt eine vom Sozialausschuss anberaumte Expertenanhörung.

Der Virologe Prof. Helmut Fickenscher von der Uni Kiel betrachtet Lockerungen als „ein Muss“. Die Rückkehr zur Normalität müsse spätestens im Sommer, „der aber schon im April beginnen könnte“, greifen. Auch der Direktor der Klinik für Infektiologie und Mikrobiologie am Universitätsklinikum UKSH in Kiel, Prof. Philip Rosenstiel, macht sich für „mit Augenmaß“ eingeleitete Öffnungen stark. Dabei gelte es insbesondere, Kinder in den Blick zu nehmen. Dies bestätigt die Direktorin der Kieler Klinik für Psychosomatik und Psychotherapie am UKSH, Prof. Kamila Jauch-Chara. Sie nennt Corona „ein Vergrößerungsglas“ für die schon länger schwierige psychologische Versorgung von Kindern und Jugendlichen. Prof. Jan Rupp, Direktor der Klinik für Infektiologie und Mikrobiologie am UKSH in Lübeck, hebt ebenfalls die psychischen Belastungen in der Gesellschaft hervor. Dies dürfe „nicht zum Dauerzustand“ werden. Der ärztliche Direktor der „LungenClinic“ Großhansdorf, Prof. Klaus Rabe, bestätigt, dass es derzeit keine Überlastung an den Kliniken im Lande gebe. Auch für die Zukunft zeigte er sich optimistisch:



Der Ausschussvorsitzende Werner Kalinka leitet die Video-Sitzung im Landeshaus. Links: Ausschussgeschäftsführerin Dörte Schönfelder.

„Das Krankheitsgeschehen ist inzwischen sehr gut vorhersehbar.“ Anne Marcic, Leiterin des Referats für Infektionsschutz im Sozialministerium, verweist auf die relativ positiven Zahlen im Norden und fragt: „Wenn wir nicht mit Lockerungen beginnen, wer dann?“

Auch nach Auffassung der Abgeordneten ist eine neue Phase der Pandemie angebrochen. „Wir stehen an einem Wendepunkt und können Schritt für Schritt in die Normalität zurückkehren“, betont Marret Bohn (Grüne). Dennys Bornhöft (FDP) sieht die

Zeit gekommen, „dass die einschränkenden Maßnahmen jetzt Schritt für Schritt zurückgenommen werden und wir zu mehr Eigenverantwortung übergehen müssen“. Und Hans Hinrich Neve (CDU) hebt hervor, die Fachleute hätten „die bisherige Arbeit der Landesregierung in Sachen Pandemie bestätigt – und sogar ausdrücklich gelobt“. Für die SPD fordert Birte Pauls „Programme speziell für Heranwachsende, um die Auswirkungen der Pandemie abzufedern“.

23. Februar

Ein „Wendepunkt“ und der Weg „zurück zur Normalität“

Nach zwei Jahren Pandemie sei Schleswig-Holstein an einem „Wendepunkt“ angekommen und könne in den kommenden Wochen „drei klare Schritte Richtung Normalität“ machen. Das betont Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) in einer Regierungserklärung und skizziert den Fahrplan für die Aufhebung der Corona-Schutzmaßnahmen.

In einem ersten Schritt hat die Landesregierung Mitte Februar viele Auflagen für Geimpfte und Genesene aufgehoben. Ab 3. März soll dann 3G in Freizeit, Kultur, Sport, Gastronomie und Hotels gelten, und ab 20. März soll auch dies entfallen. Lediglich die Maskenpflicht soll in einigen Bereichen erhalten bleiben. „Jetzt sind wir erfreulicherweise an einem Punkt, wo die sehr strikten Beschränkungen nicht mehr nötig sind“, merkt der Regierungschef an. Gradmesser sei die Stabilität der Gesundheitsversorgung und der Schutz der vulnerablen Gruppen. Der

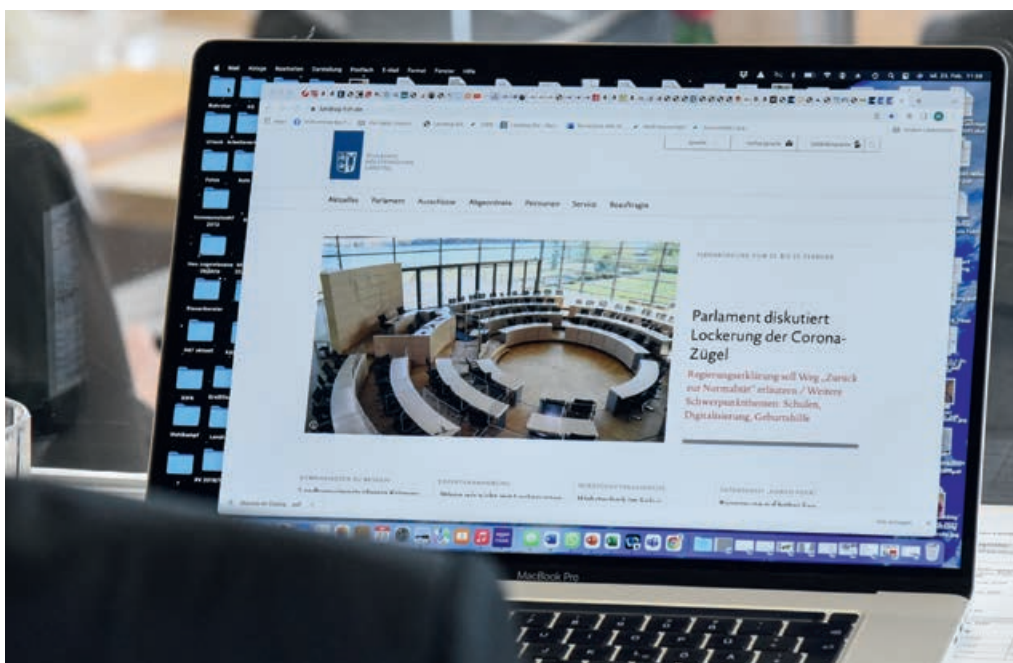
Scheitelpunkt der Omikron-Welle sei überwunden, und Schleswig-Holstein weise „in allen Altersgruppen“ Spitzenplätze bei der Impfung auf. Die Eigenverantwortung der Menschen werde nun „zum Maß der Dinge“, so Günther.

Oppositionsführerin Serpil Midyatli (SPD) warnt hingegen davor, „jetzt die falschen Schlüsse zu ziehen“ und „in Partystimmung zu verfallen“. Es bestehe die Gefahr, im Herbst wieder von der nächsten Corona-Welle „überrollt“ zu werden. Midyatli regt

an, weiter in Innenräumen FFP2-Masken zu tragen, und macht sich für eine allgemeine Impfpflicht stark – nicht mehr gegen Omikron, sondern gegen eine mögliche spätere Notlage: „Eine Feuerwehr kann man nicht erst dann einrichten, wenn es brennt.“

CDU-Fraktionschef Tobias Koch wirft der SPD „Fundamentalopposition“ vor und ruft die Sozialdemokraten auf, „in Krisenzeiten mehr Gemeinsamkeit“ an den Tag zu legen. „Schleswig-Holstein ist besser als alle anderen Bundesländer durch die fünfte Welle gekommen“, so Koch. Grünen-Fraktionschefin Eka von Kalben wirft den Blick auf Kinder, Jugendliche und alleinerziehende Eltern und fordert mehr Impfungen, mehr Personal in Kitas und Schulen sowie mehr psychotherapeutische Angebote. Christopher Vogt (FDP) sieht „Anlass zu großer Freude“. Es sei „kein Gnadentat oder Geschenk der Regierung“, wenn jetzt die Maßnahmen zurückgeschraubt würden. Dies sei vielmehr „rechtlich geboten“, so Vogt.

„Ich hätte mir schnellere Öffnungen gewünscht“, sagt Lars Harms (SSW). Dies wäre mit Blick auf die Entwicklung in Dänemark vertretbar gewesen, so Harms. Er fordert, das Gesundheitswesen stärker zu digitalisieren: „Es kann doch nicht wahr sein, dass wir als eines der reichsten Länder der Welt nicht in der Lage sind, tagesaktuelle Daten vorzulegen.“ Jörg Nobis (AfD) spricht von einem „kläglichen Versuch“ des Ministerpräsidenten, kurz vor der Wahl am 8. Mai Wählerstimmen zu gewinnen. Die Zeit für Lockerungen sei schon längst da gewesen.



Lockerungen sind Thema im Plenarsaal – und im Netz unter www.sh-landtag.de

25. Februar

Impfen: Land rüstet sich für den Herbst

Schleswig-Holstein will seine Strukturen für Corona-Impfungen aufrechterhalten. Die Impfkampagne sei ein Erfolg und solle das auch bleiben, sagt Gesundheitsminister Heiner Garg (FDP). Auch nach dem 30. Juni sollen Impfstellen, mobile Impfteams und der niedergelassene Bereich in der Lage sein, bis zu 1,8 Millionen Menschen innerhalb von

sechs Wochen zu impfen. Etwa ab Mai sei mit der Auslieferung eines an die Omikron-Variante angepassten Impfstoffs zu rechnen. Die Impfquote im Land steige weiter, betont Garg. So seien inzwischen 80 Prozent der Bevölkerung vollständig geimpft. Mit mehr als 66 Prozent habe Schleswig-Holstein die bundesweit höchste Quote bei Auffrischungs-

impfungen. Der Minister erhält für seinen Impf-Kurs breite Unterstützung. Birte Pauls (SPD) appelliert mit Blick auf den neuen Impfstoff von Novavax an alle, die sich bislang nicht impfen lassen mochten, „jetzt bitte diese Möglichkeit zu nutzen“.



Die Pflicht-Tests an Schleswig-Holsteins Schulen entfallen. Die Schüler erhalten stattdessen zwei Corona-Tests pro Woche für eine freiwillige Testung zu Hause.

17. März

Testpflicht entfällt vielerorts, Masken dürfen fallen

Trotz steigender Infektionszahlen will Schleswig-Holstein seinen Corona-Öffnungskurs fortsetzen. Das kündigt die Landesregierung im Sozial- und im Bildungsausschuss an. Aus dem Parlament kommt Kritik.

Die Rücknahme zahlreicher Einschränkungen sei „richtig und begründet“, betont Sozialminister Heiner Garg (FDP). Zwar sei die Sieben-Tage-Inzidenz im Lande auf mehr als 1.400 gestiegen, aber die meisten Infektionen verliefen mild. Die Intensivstationen seien nicht überlastet, und nur wenige Patienten müssten beatmet werden. Schleswig-Holstein habe mit einer Impfquote von mehr als 80 Prozent und einer Booster-Quote von mehr als 70 Prozent bundesweite Spitzenwerte. Nun stehe der „Übergang von der pandemischen zur endemischen Lage“ an, kündigt der Minister an. Eigenverantwortung trete an die Stelle staatlicher Vorgaben. Drastische Schutzmaßnahmen seien nur noch möglich, wenn an einem „Hotspot“ das Gesundheitssystem überlastet sei. Birte Pauls (SPD), Eka von Kalben und Marret Bohn (beide Grüne) kritisieren, dass der Bund im Infektionsschutzgesetz keine klare Definition eines „Hotspot“ liefere.

Im Norden soll ab dem 19. März die 3G-Regel (geimpft, genesen oder getestet) weitgehend entfallen. In Diskotheken gilt weiter 2G-plus, also getestet oder genesen plus aktueller Negativ-Test. Bis 2. April müssen bei größeren Veranstaltungen drinnen, im Einzelhandel, bei körpernahen Dienstleistungen, im öffentlichen Nahverkehr und beim Besuch im Krankenhaus weiterhin Masken getragen werden. Testpflichten bestehen weiter in Kliniken und Pflegeeinrichtungen. Kita-Eltern und -Beschäftigte sollen sich nach wie vor dreimal wöchentlich selbst testen. Nach Ostern wird dies freiwillig. An Schulen soll ab dem 21. März die Testpflicht wegfallen, Corona-Tests sollen dann aber freiwillig angeboten werden. Nach den Osterferien sollen Schüler keine Masken mehr tragen müssen.

Streit um das Regelwerk an Schulen

Der Expertenrat der Landesregierung habe „genau diese Vorgehensweise empfohlen“, betont Bildungsministerin Karin Prien (CDU). Das Land dürfe Kindern und Jugendliche nicht weiterhin die Belastungen zumuten, die bei Erwachsenen jetzt wegfielen. Beim Testen an der Schule gelte künftig das Prinzip der Eigenverantwortlichkeit: „Wer Symptome hat, soll sich bitte testen.“ Martin Habersaat (SPD) hält die Freiwilligkeit angesichts steigender Corona-Zahlen für nicht ausreichend: „Wir zwingen Kinder in der Schule in einen geschlossenen Raum mit vielen infizierten Menschen.“ Habersaat fordert, die Schutzmaßnahmen nach den Ferien für mindestens zwei Wochen beizubehalten, um mögliche Urlaubsinfektionen abzufedern.

Es sei auch nach Ostern möglich, eine Maske aufzusetzen, stellt Ministerin Prien klar und appelliert an die Toleranz „derjenigen, die die Maske tragen wie auch derjenigen, die die Maske nicht tragen“. Kai Vogel (SPD) befürchtet hingegen verbale Auseinandersetzungen in einer Klasse, „wo einzelne Kinder Masken tragen und andere nicht“. Er warnt vor Druck auf Schüler, die Maske tragen. „Die Kinder gehen durchaus tolerant miteinander um“, lautet hingegen die Beobachtung von Anita Klahn (FDP).

23. März

Erstmals keine Corona-Debatte

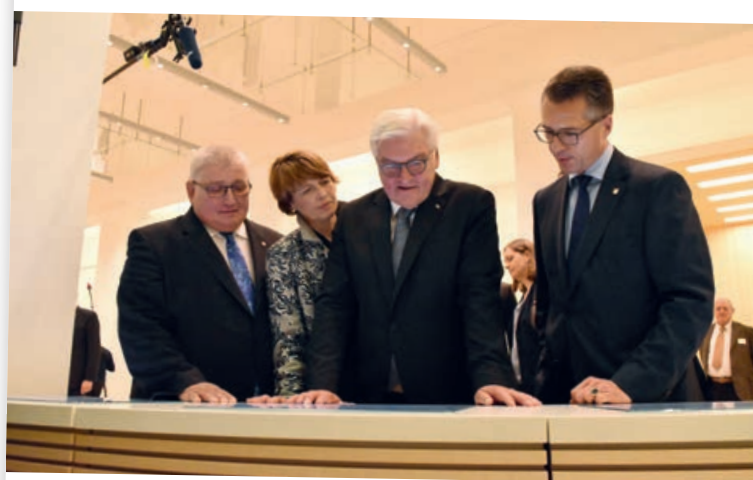
Die März-Tagung des Landtages ist die erste seit mehr als zwei Jahren, in der es bei keinem Tagesordnungspunkt explizit um die Corona-Pandemie geht. 69 Punkte stehen auf der Agenda – von der Familienpolitik über die Inklusion an Schulen bis zur Optimierung des Verkehrsflusses. Allein 18 Tagesordnungspunkte thematisieren den Ukraine-Krieg.

5 Jahre – 20 Fotos

Ein Bilderbogen der Wahlperiode 2017 bis 2022



28. Juni 2017: Soeben wurde CDU-Spitzenkandidat Daniel Günther (re.) zum Ministerpräsidenten gewählt, sein Vorgänger Torsten Albig (SPD) gratuliert. Günther führt eine Regierung aus Union, Grünen und FDP. Es ist erst die zweite Jamaika-Koalition in einem deutschen Bundesland. Trotz gelegentlicher Spannungen hält das Bündnis fünf Jahre.



5. Oktober 2017: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (2. v. re.) und seine Frau Elke Büdenbender werfen einen Blick auf die Informationsangebote des Landtages in der Eingangshalle des Landeshauses. Links: Landtagspräsident Klaus Schlie, rechts: Verwaltungschef Utz Schliesky. Steinmeiers zweitägiger Antrittsbesuch in Schleswig-Holstein führt auch nach Flensburg, Husum und auf die Hamburger Hallig.



17. Juli 2018: Insgesamt zehn Bronze-Gorillas sind monatelang ein spektakulärer Blickfang vor dem Landeshaus. Schöpfer der dreieinhalb Meter hohen Plastiken ist der chinesische Künstler Liu Ruowang. Die Skulpturen tragen den Titel „Original Sin“ (Ersünde) und stammen aus einer 24-köpfigen „Gorilla-Familie“ von der Büdelsdorfer NordArt.



29. November 2018: Der Ältestenrat reist eine Woche lang durch Israel und die palästinensischen Gebiete. Auch der Felsendom in Jerusalem mit seiner goldenen Kuppel gehört zum Programm. Die Landespolitiker treffen sich mit Vertretern aus Politik, Zivilgesellschaft, Bildung und Wissenschaft und besuchen die Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem.

24. Mai 2019: Die Klimaschutz-Bewegung „Fridays for Future“ demonstriert vor dem Landeshaus für eine Reduktion von Treibhausgasen, für den Kohleausstieg und für eine Energiewende. Monatelang machen die Schüler und Studenten jeden Freitag auf ihr Anliegen aufmerksam.





16. Juni 2019: Unter dem Motto „Offenes Haus – Offene Demokratie“ lädt der Landtag zum Tag der offenen Tür. Das Programm aus Information und Unterhaltung lockt mehr als 20.000 Gäste an – so viele wie noch nie.



29. August 2019: Die Grünen-Angeordnete Aminata Touré wird zur stellvertretenden Landtagspräsidentin gewählt. Die damals 26-jährige ist Nachfolgerin ihres Parteifreundes Rasmus Andresen, der einen Sitz im Europaparlament errungen hat. Die gebürtige Neumünsteranerin, deren Familie aus Mali in Westafrika stammt, ist bundesweit das jüngste Mitglied in einem Parlamentspräsidium.

4. September 2019: Die dänische Königin Margrethe II. besucht den Landtag. Landtagspräsident Klaus Schlie informiert im Plenarsaal über Architektur und Geschichte des Parlamentsgebäudes. Der viertägige Staatsbesuch ist Auftakt zum Jubiläumsjahr 2020. 100 Jahre zuvor war die deutsch-dänische Grenze in Volksabstimmungen festgelegt worden.



3. Oktober 2019: „Quo vadis?“ heißt die Skulptur des tschechischen Bildhauers David Černý, die anlässlich der Feier zum Tag der deutschen Einheit vor dem Landtag steht. Der Trabi auf Beinen symbolisiert die Flucht tausender DDR-Bürger über die Prager Botschaft der Bundesrepublik in den Westen im Herbst 1989.



17. März 2020: Der erste Corona-Lockdown beginnt. Schulen, Unis, Theater, Spielplätze, Restaurants und viele Läden bleiben geschlossen, und der Norden wird Sperrgebiet für Touristen. Auch das Landeshaus ist weitgehend verwaist.



28. April 2020: Innenminister Hans-Joachim Grote (CDU) legt sein Amt nieder. Das Vertrauensverhältnis sei zerrüttet, so Ministerpräsident Daniel Günther. Hintergrund ist die angebliche Korrespondenz des Ministers mit einem Journalisten und einem Funktionär der Deutschen Polizeigewerkschaft, die von der Staatsanwaltschaft Kiel an die Staatskanzlei gemeldet wurde. Grote weist die Vorwürfe zurück.



26. August 2020: Plenardebatte mit Plexiglas. Nachdem in der Frühphase der Pandemie mehrere Sitzungen ausfallen oder nur mit verkürzter Tagesordnung stattfinden, richtet sich der Landtag auf die Hygieneregeln ein. Die Glasscheiben ermöglichen Debatten und Entscheidungen des Parlaments in voller Stärke.



28. Oktober 2020: Die AfD ist nur noch zu dritt. Der Abgeordnete Frank Brodehl (Mitte) verkündet in der Plenarsitzung überraschend seinen Austritt aus Fraktion und Partei und kritisiert deren „Radikalisierung“. Zuvor war die Abgeordnete Doris von Sayn-Wittgenstein (re.) wegen angeblicher Kontakte zu einem als rechtsradikal kritisierten Verein ausgeschlossen worden. Die drei verbliebenen Abgeordneten (oben li.) verlieren den Fraktionsstatus.



19. Februar 2021: Der Landtag berät sich mit Experten über den Verlauf der Pandemie und die Folgen für das Gesundheitssystem, das Bildungswesen und die Wirtschaft. Mehrere dieser Anhörungen finden statt. Im Plenarsaal sind inzwischen Videokonferenzen möglich, der Kieler Virologe Prof. Helmut Fickenscher ist zugeschaltet.



20. Mai 2021: Der Flensburger Historiker Uwe Danker (Mitte) übergibt seine zweite Studie über NS-Kontinuitäten in Schleswig-Holstein nach 1945 an die Abgeordneten Martin Habersaat (SPD, li.) und Burkhard Peters (Grüne, re.). Die Parlamentarier vertreten den Beirat, der für den Landtag das Projekt begleitet hat. Nachdem in der ersten Studie die Politik im Blickfeld stand, geht es nun um Polizei und Justiz.



22. Juni 2021: Serpil Midyatli löst den langjährigen Vorsitzenden Ralf Stegner an der Spitze der der SPD-Fraktion ab. Damit hat sie auch das in der Verfassung verankerte Amt der Oppositionsführerin inne. Zuvor hatte die Kieler Abgeordnete auch den SPD-Landesvorsitz von Stegner übernommen.



22. August 2021: 75 Jahre Bundesland Schleswig-Holstein – Ministerpräsident Daniel Günther und Landtagsvizepräsidentin Kirsten Eickhoff Weber läuten per Glockenschlag das Bürgerfest am Schloss Gottorf in Schleswig ein.



23. September 2021: Abgeordnete aller Fraktionen spenden Applaus für Ralf Stegner (SPD), der den Landtag verlässt und ein Mandat im Bundestag antritt. Mit Wolfgang Kubicki (FDP) und Robert Habeck (Grüne) waren zuvor weitere namhafte Landespolitiker auf die Bundesebene gewechselt.



5. Oktober 2021: Nach jahrelanger Reparatur kehrt die „Gorch Fock“, das Patenschiff des Landtages, in den Heimathafen Kiel zurück. Landtagsvizepräsidentin Annabell Krämer (li.), Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (2. v. re.) und Kiels Oberbürgermeister Ulf Kämpfer (re.) begrüßen Kommandant Nils Brandt (2. v. li.) und seine Crew.

23. März 2022: Die Flagge der Ukraine weht zur Plenarsitzung über dem Landeshaus. Es sei wichtig, so Landtagsvizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber in einer Ansprache an die Abgeordneten, „Zeichen der Verbundenheit“ mit den Opfern des russischen Angriffskrieges zu setzen.





Depressive Störungen und Angststörungen haben in Deutschland während des ersten Corona-Jahres 2020 um 17 Prozent zugenommen. Mädchen und Frauen sind stärker betroffen als Jungen und Männer. Das sind Ergebnisse aktueller Studien.

Einsamkeit: Millionen sind betroffen

Einsamkeit ist schon lange ein gesellschaftliches Problem, und das „Social Distancing“ während der Pandemie hat die Situation weiter verschärft. Die Scham, die eigene Isolation zuzugeben, sei oft groß, hieß es Ende Januar im Landtag. Die Politik will mit „zielgerichteter Präventionsarbeit“ und „niedrigschwelligen“ Angeboten gegensteuern. Das hat das Parlament einstimmig beschlossen. Die Landespolitik fordert eine bundesweite Datenerhebung, um das Ausmaß des Problems zu erfassen.

Jede Altersgruppe könne betroffen sein, mahnte Lars Harms, dessen SSW das Thema im Januar auf die Tagesordnung gesetzt hatte. „Nicht nur alte Menschen, sondern auch ein erheblicher Teil der Kinder und Jugendlichen“ fühle sich einsam, so Harms – die Folge von Home-schooling und Hybridunterricht. Andrea Tschacher (CDU) zitierte eine Studie des Instituts für deutsche Wirtschaft, wonach sich „acht Millionen Deutsche oft oder immer“ einsam fühlten. Dies sei genauso gesundheitsschädlich wie Rauchen oder Fettleibigkeit.

Viele Kinder und Jugendliche hätten sich „massiv verändert“, so die Beobachtung von Özlem Ünsal (SPD). Die Folgen: „Zunahme von Medienkonsum, wachsende Abhängigkeiten, Angstzustände, Schlafprobleme, Essstörungen, Depressionen bis hin zu Suizidgedanken“. Nicht nur Corona sei die Ursache, stellte Marret Bohn (Grüne) fest, sondern auch andere Lebenssituationen: „Arbeitsplatzverlust, Trennung, Krankheit, Krankheit in der Familie, abnehmende körperliche Mobilität“. Die Erforschung des Phänomens stecke in Deutschland „noch in den Kinderschuhen“, betonte Dennys Bornhöft (FDP). Andere Länder wie die Schweiz oder die skandinavischen Staaten seien deutlich weiter.

Zahlreiche Hilfsangebote im Lande

Sozialminister Heiner Garg (FDP) wies darauf hin, dass Schleswig-Holstein „nicht bei null anfangen“ müsse. Wer sich einsam fühle, könne sich beispielsweise an den Landesseniorenrat und die örtlichen Seniorenbeiräte wenden, an das Netzwerk „seniorTrainer“ mit seinen „Kompetenzteams“, an die 13 Mehrgenerationenhäuser im Lande sowie an die „unglücklich aktiven“ Wohlfahrtsverbände.

„Jugend-Check“ für kommende Gesetze gefordert

Das Land soll alle seine Gesetze und Verordnungen im Vorwege darauf abklopfen, wie sie sich auf Kinder und Jugendliche auswirken. Einen solchen „Jugend-Check“ forderten SPD und SSW im Januar. Jamaika reagierte verhalten, nun beraten der Innen- und Rechtsausschuss sowie der Sozialausschuss. Dort wurden Mitte März Experten angehört.

Eine unabhängige Stelle, etwa ein Forschungsinstitut, solle eine solche „Folgenabschätzung“ vornehmen, so die Antragsteller. Die Perspektive der jungen Generation müsse bei politischen Entscheidungen einfließen – auch derjenigen, die noch keine 16 Jahre alt sind und die noch nicht wählen dürfen. „Fakt ist, dass die Belange von Kindern und Jugendlichen leider nicht selbstverständlich berücksichtigt worden

sind“, sagte Lars Harms (SSW). Tobias von Pein (SPD) sprach von einem „Prüf- und Sensibilisierungsinstrument, um die politische Aufmerksamkeit für die Lebenslagen und Belange junger Menschen zu steigern“. „Dass es einen Jugend-Check geben muss, ist keine Frage“, sagte die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Eka von Kalben. Ob aber ein Kompetenzzentrum mit vielen Experten und Personalstellen wie auf Bundesebene „der einzige und der richtige Weg ist“, sei offen. „Mir ist wichtig, dass beim Jugend-Check auch Jugendliche checken und nicht nur Erwachsene“, so von Kalben. Der Vorschlag höre sich „zunächst sehr smart an“, gab Katja Rathje-Hoffmann (CDU) zu bedenken. Sie befürchtete aber einen „sehr beachtlichen Mehraufwand im Gesetzgebungs- und Verordnungsverfahren“.

Gemeinsames Signal für Sinti und Roma

„Antiziganismus“, die Feindseligkeit gegenüber Sinti und Roma, ist nach wie vor weit verbreitet. Eine Studie zur Geschichte der Minderheit soll das Bewusstsein schärfen.

Die Mehrheitsbevölkerung wisse zu wenig über die Sinti und Roma im Lande, und viele Menschen hätten Vorurteile gegen Angehörige dieser Minderheit – so Ende Januar die Bestandsaufnahme im Landtag. Um dem „Antiziganismus“ entgegenzuwirken, startet das Parlament ein Forschungsprojekt, das die Geschichte der Bevölkerungsgruppe dokumentieren soll. Das hat der Landtag bei Enthaltung der AfD beschlossen, SPD und SSW hatten die Initiative angestoßen. Das Leben von Sinti und Roma sei auch heute noch von „andauernder, täglicher

Diskriminierung“ geprägt, so Birte Pauls (SPD). Sie bekämen wegen ihrer Herkunft teilweise keinen Handyvertrag oder Kita-Platz.

Sinti und Roma sind in Schleswig-Holstein seit dem 15. Jahrhundert ansässig. Während des Nationalsozialismus erlitten sie Verfolgung und Völkermord. Über 500.000 Sinti und Roma fielen europaweit dem Holocaust zum Opfer. Heute leben rund 60.000 deutsche Sinti und 10.000 deutsche Roma in der Bundesrepublik. Der Landesverband Deutscher Sinti und Roma schätzt die Zahl der Sinti und Roma mit deutscher Staatsangehörigkeit in Schleswig-Holstein auf etwa 6.000. Im November 2012 hat Schleswig-Holstein als erstes Bundesland „Schutz und Förderung“ der Sinti und Roma in die Landesverfassung aufgenommen.

Gedenken an den Wiederaufbau Helgolands vor 70 Jahren

Am 1. März 1952 kehrten die Helgoländer auf ihre weitgehend zerstörte Insel zurück. Es war der Startpunkt einer beeindruckenden Entwicklung des roten Felsens, wie der Landtag Ende Februar in einer parteiübergreifenden Erklärung betonte.

Peter Lehnert (CDU): „Nicht nur danke für den nicht immer einfachen Wiederaufbau, sondern auch für das Erkennen und Nutzen zukunftsweisender Entwicklungen für die Insel. Dabei bekennen wir uns ausdrücklich zur gemeinsamen Verantwortung des Landes Schleswig-Holstein, des Bundes und des Kreises Pinneberg gegenüber Helgoland.“

Thomas Hölck (SPD): „Die Tourismuswirtschaft der Insel hat insbesondere in den letzten Jahren eine sehr positive Entwicklung genommen und sichert die wirtschaftliche Grundlage vieler Insulanerinnen und Insulaner. Urlaub auf Helgoland im Einklang mit

der wunderschönen Natur ist ein Modell der Zukunft. Ganzjahrestourismus ist auch durch die ganzjährige Schiffsverbindung von Cuxhaven nach Helgoland möglich geworden.“

Eka von Kalben (Grüne): „Helgoland ist ein kleiner Kosmos, in dem manche Dinge besonders exemplarisch hervortreten. Zum Beispiel die Herausforderung, den Artenschutz und den Tourismus unter einen Hut zu bekommen. Die Düne vor Helgoland bietet einen unschätzbaren Aufenthaltsort für Robben und Seehunde. Das beißt sich manchmal mit dem Tourismus.“

Annabell Krämer (FDP): „Die Energiewirtschaft bietet für Helgoland ganz besondere Potenziale und Chancen. Das wollen wir unterstützen, damit Helgoland noch einzigartiger wird. Ohne weitere Offshore-Windparks, die in der Bevölkerung eine hohe Akzeptanz genießen, kommen wir beim Klimaschutz nicht weiter.“

Lars Harms (SSW): „Ich bin beeindruckt von der Entwicklung der letzten Jahre. So wurde etwa ein medizinisches Versorgungszentrum errichtet, in dem vier Ärztinnen und Ärzte mit ihrem Team arbeiten. Auch eine Ganztagschule ist schon gelebte Praxis. Kitakinder können über einen Zeitraum von neun Stunden betreut werden, was in Ortschaften mit 1.500 Einwohnern leider immer noch etwas Besonderes ist.“

Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU): „Fuselfelsen – das war gestern. Heute lieben wir die Insel wegen der außergewöhnlichen Natur und als Gesundheitsparadies. Viele Zukunftsthemen werden auf Helgoland gelebt: Energiewende, Zukunftsmarkt für grünen Wasserstoff. Die Zukunft des roten Felsens ist deshalb auf Jahrzehnte gesichert.“



Helgoland, 1. März 1952: Mit einer Feierstunde begehen Einwohner und Gäste den Beginn des Wiederaufbaus der Hochseeinsel. Vorne, mit weißem Schal und Kapitänsmütze: Ministerpräsident Friedrich Wilhelm Lübke (CDU). Die Briten hatten die Insel in den letzten Kriegstagen bombardiert und später vergeblich zu sprengen versucht. Der „Big Bang“ vom 18. April 1947 gilt als stärkste nicht atomare Detonation aller Zeiten. Anschließend diente Helgoland als Bomben-Trainingsgelände für die Royal Air Force. Die Bewohner waren ans Festland umgesiedelt worden. Nach Protesten gaben die Briten die Insel 1952 zur Wiederbesiedlung frei.

Der „Gang zum Amt“ soll digital werden

Schleswig-Holsteins Verwaltung soll bürgerfreundlicher werden: Digitale Kommunikation soll Papierformulare ersetzen, und der 24-Stunden-Online-Zugang soll die Warteschlange im Amt ersparen. Dieses Ziel nennt das „Digitalisierungsgesetz“ der Landesregierung, das der Landtag im Februar beschlossen hat. Die Jamaika-Fraktion und die AfD stimmten für den Entwurf. SPD und SSW kritisierten den Digital-Kurs des Landes als halbherzig und enthielten sich.

Digitalminister Jan Philipp Albrecht (Grüne) sprach von einem „Quantensprung für das ganze Land“. Schleswig-Holstein sei eine „Vorzeigeregion“ in Sachen Digitalisierung. Bald könnten alle staatlichen Leistung von zuhause erledigt werden, sei es die Verlängerung eines Führerscheins, die Beantragung eines Angelscheins, die Kfz-Zulassung oder die Einreichung eines Bauantrages. „Mit diesem Gesetz setzen wir Maßstäbe und legen Voraus-

setzungen für Verwaltungen fest, sich an die aktuellen Anforderungen anzupassen.“, sagte Ole-Christopher Plambeck (CDU). Zudem regelt das Gesetz die offene Bereitstellung von Daten der öffentlichen Hand und gibt einen Ordnungsrahmen für den Einsatz von künstlicher Intelligenz in der Landesverwaltung vor.

„Ein Gesetz digitalisiert gar nichts“, konterte der SPD-Abgeordnete Kai Dolgner. Dafür

brauche es „Menschen, Mittel und den entsprechenden Willen“. Jamaika habe aber weder mehr Finanzmittel noch mehr Personal vorgesehen, damit die Leistungen durch die Kommunen auch angeboten werden könnten. Die digitale Leistungsbilanz von Jamaika sei darum „mau“, so Dolgner. Nach Regierungsangaben können bereits jetzt rund 100 Dienstleistungen digital erledigt werden. Er habe selbst aber vergeblich versucht, so Dolgner, Unterhaltsvorschüsse, Kinder- und Elterngeld oder Eingliederungshilfe für Minderjährige über die Landesportale online zu beantragen. Meist sei er auf entsprechende Angebote des Bundes verlinkt worden. Jamaika schmückte sich mit fremden Federn.

Frauen bekommen immer noch weniger Gehalt als Männer

Frauen verdienen im Schnitt weniger als Männer – weil sie schlechter bezahlte Jobs machen oder weil sie weniger Lohn bekommen, obwohl sie die gleiche Arbeit erledigen wie ihre männlichen Kollegen. Das muss sich ändern, hieß es Ende März im Landtag.

Der sogenannte Gender Pay Gap, die Verdienstlücke zwischen den Geschlechtern, beträgt in Schleswig-Holstein zwölf Prozent (s. Tabelle). Die SPD will diese Lücke bis 2030 schließen, etwa durch mehr Transparenz: Frauen sollen mehr als bisher möglich beim Arbeitgeber nachhaken können, wo sie im Gehaltsgefüge stehen. Zudem fordern die Sozialdemokraten mehr Ganztagsbetreuungsangebote sowie finanzielle Entlastungen für Familien mit Kindern und für Alleinerziehende. Auch die geplante Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro sei ein wichtiger Schritt.

„Die Ungleichheit bei den Löhnen ist nicht länger hinnehmbar“, erklärte Beate Raudies (SPD). Corona habe das Problem weiter verschärft, weil Frauen häufiger als Männer ihre Arbeitszeit verkürzt hätten, um ihre Kinder zu betreuen. Frauen seien öfter in prekärer Beschäftigung tätig und erwürben damit weniger Rentenansprüche, so Raudies. Die Durchschnittsrente der Frauen liege um 49 Prozent unter dem Standard der Männer. Aminata Touré (Grüne) warb für einen Jamaika-Antrag mit ähnlicher Stoß-

richtung und wies darauf hin, dass Frauen dreimal häufiger in Teilzeit arbeiteten als Männer. Zudem gelte: „Care-Arbeit wird schlecht bezahlt, Familienarbeit wird gar nicht bezahlt.“ Sie forderte ein Umdenken im politischen Bereich: „Wir brauchen Männer, die zurücktreten und Platz machen.“ Es habe nie an ambitionierten Frauen gefehlt, aber immer an durchlässigen Strukturen. Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) kündigte in einem Regierungsbericht mehr

Frauenförderung im Öffentlichen Dienst an, zum Beispiel einen höheren Anteil auf der Führungsebene und „Frauenförderpläne“ für die Verwaltungen. Sie verwies auf frauenfreundliche flexible Arbeitsformen im Landesdienst, etwa die Möglichkeit zur Heimarbeit und die Ausweitung der Arbeitszeit auf 6 bis 21 Uhr. Sowohl eine Führungsposition als auch eine Ausbildung sollten in Teilzeit absolviert werden können, so die Ministerin.

Geschlechter und Gehälter

- 64 %** der Frauen in Deutschland verdienten im Jahr 2019 ihren Lebensunterhalt überwiegend durch eigene Erwerbstätigkeit. Bei den Männern waren es 80 Prozent.
- 26 %** der hauptberuflichen Hochschulprofessuren waren in Deutschland im Jahr 2020 mit einer Frau besetzt.
- 19,1 %** der Vorstandsposten in den 40 größten börsennotierten Unternehmen in Deutschland waren Ende 2021 mit einer Frau besetzt.
- 17 %** der vollzeitbeschäftigten Frauen verdienten im Jahr 2021 in Deutschland weniger als 2.000 Euro brutto pro Monat. Bei den Männern lag der Anteil bei neun Prozent.
- 12 %** betrug im Jahr 2021 der „Gender Pay Gap“ in Schleswig-Holstein. Frauen verdienten im Schnitt 18,07 Euro brutto pro Stunde, Männer 20,63 Euro.
- 10,2 %** ist der Frauenanteil in den Geschäftsführungen der Unternehmen mit Landesbeteiligung.

(Quellen: Statistikamt Nord, Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Russell Reynolds Associates, Landesbeteiligungsbericht)

Ukraine-Krieg: „Umdenken“ in vielen Bereichen erforderlich

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine bringt auch für Schleswig-Holstein weitreichende Veränderungen mit sich. Die „bittere Gewissheit“, dass der Krieg nach Europa zurückgekehrt sei, zwingt zum „Umdenken“ und „Umsteuern“, sagte Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) Ende März in einer Regierungserklärung. In der aktuellen „dynamischen Lage“ gebe es aber „keine abschließenden Antworten“.

„Die momentan größte Herausforderung für Schleswig-Holstein ist die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge“, so der Regierungschef. Rund 6.000 Menschen aus der Ukraine seien bis Ende März ins Land gekommen, „binnen eines Monats“ sollen weitere 5.500 Plätze in den Landesunterkünften Rendsburg, Bad Segeberg, Boostedt und Neumünster geschaffen werden. Zudem werde der Katastrophenschutz rascher als geplant ausgebaut – mit einem neuen Krisenzentrum, moderneren Fahrzeugen und Geräten sowie einer „einheitlichen Leitstellensoftware“ für Polizei, Feuerwehr und Zivilschutz. Um „noch schneller unabhängig“ von russischem Öl und Gas zu werden, seien das geplante LNG-Terminal in Brunsbüttel und die vorgesehene Elektrobatteriefabrik in Heide wichtige Bausteine: „Mit Wasserstoff und grünen Batterien reduzieren wir unsere Abhängigkeit.“

„Die Lösung können nur erneuerbare Energien sein“, unterstrich Oppositionsführerin Serpil Midyatli (SPD). Der Ausbau im Land müsse „schneller und in einer anderen Dimension“ vorangehen als bisher von der Landesregierung geplant. Mit Blick auf die Aufnahme von Flüchtlingen stellte die SPD-Politikerin fest: „Die Landesregierung war nicht optimal aufgestellt.“ Vielerorts habe es Probleme bei der Wohnungssuche und beim Schulbesuch gegeben.

CDU-Fraktionschef Tobias Koch forderte eine weitere Stärkung der Bundeswehr. Die Ukraine brauche weitere Ausrüstung, Waffen und Munition, um den Krieg gewinnen zu können. Eka von Kalben (Grüne) mahnte ein höheres Maß an Cybersicherheit an. Das Internet sei „eine Kriegsplattform, die ganz ohne Panzer und Gewehre lebensbedrohlich sein kann“. Für FDP-Fraktionschef Christopher Vogt waren die Deutschen Russland gegenüber „viel zu lange viel zu gutmütig“. Russland sei „ein KGB-Mafiastaat geworden“. Lars Harms (SSW) sprach sich gegen neue LNG-Terminals aus, weil die Technologie nicht klimafreundlich sei. Jörg Nobis (AfD) forderte „eine sachgerechte Ausstattung“ der Bundeswehr und den Wiedereinstieg in die Wehrpflicht.



Ukrainische Farben im Plenarsaal: Tobias Koch (CDU), die SPD-Fraktion, Eka von Kalben (Grüne)

Kriegsfolgen kosten das Land bis zu 400 Millionen Euro

Die Ukraine-Krise und die Versorgung von Flüchtlingen werden den Landeshaushalt mit bis zu 400 Millionen Euro belasten. Diesen Betrag nannte Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) Ende März.

Das Geld will die Ministerin aus dem Corona-Notkredit des Landes nehmen. Dort seien 1,4 Milliarden Euro zur Kompensation von Steuerausfällen vorgesehen, die voraussichtlich nicht in voller Höhe benötigt würden. Um die Umschichtung vorzunehmen, ist eine Zweidrittelmehrheit im Landtag nötig. Das sieht die Schuldenbremse in der Landesverfassung vor. Damit benötigt die Landesregierung auch

Stimmen aus der Opposition. Sie hoffe, „dass wir trotz Wahlkampf eine Lösung finden“, sagte Heinold. Beate Raudies (SPD) kündigte die grundsätzliche Unterstützung ihrer Fraktion an.

Der Zustrom an Kriegsflüchtlingen stelle das Land vor zahlreiche Aufgaben, so Heinold: Unterbringung, Besuch von Schulen und Kitas, Integration in den Arbeitsmarkt, Spracherwerb. Ein erster Schritt ist der Nachtragshaushalt, den der Landtag einstimmig gebilligt hat. Damit wird die Landesregierung ermächtigt, Mittel aus der Zinsentilgung zu nehmen und in Hilfsprogramme umzuleiten.

Der Land-Tag in Einfacher Sprache

Alle Menschen sollen verstehen was im Land-Tag gesagt wird. Hier stehen Texte in Leichter oder Einfacher Sprache. Denn: Viele Menschen haben Probleme mit dem Lernen, Lesen und Verstehen.

Viele Menschen können auch nicht so gut Deutsch. Deswegen werden schwere Wörter erklärt. Die Macher von dieser Seite versuchen nach den Regeln für Leichte und Einfache Sprache zu schreiben.

Kinder und Jugendliche leiden in der Corona-Zeit besonders stark

In der Corona-Pandemie waren die Schulen lange geschlossen. Die Kinder und Jugendlichen mussten zu Hause lernen. Dann durften sie wieder in die Schule aber sie mussten Masken tragen und einen Corona-Test machen und auf dem Pausenhof für sich bleiben. All das war nicht gut für die Kinder und Jugendlichen. Viele waren einsam oder traurig oder wütend. Sie brauchen deswegen Hilfe. Darüber sind sich die Leute im Land-Tag einig.

Karin Prien ist die Bildungs-Ministerin von Schleswig-Holstein. Sie sagt: Fach-Leute müssen den Schülern helfen. Diese Fach-Leute heißen Psychologen. Ohne die Hilfe von Psychologen werden die Kinder und Jugendlichen die Probleme behalten. Bis sie erwachsen sind.

Jette Waldinger-Thiering ist vom SSW. Sie sagt: Wir brauchen mehr Psychologen an den Schulen. Wir brauchen doppelt so viele wie jetzt.

Tobias von der Heide ist von der CDU. Er sagt: Kinder müssen mit anderen Kindern zusammen sein. Sie müssen ihre Freunde treffen können.

Anita Klahn ist von der FDP. Sie sagt: Keine Freunde zu treffen war das Schlimmste in der Pandemie. Das war noch schlimmer als keinen Unterricht zu haben und den Schul-Stoff nicht zu lernen.

Ines Strehlau ist von den Grünen. Sie sagt: Die Schulen waren nur am Anfang von der Pandemie ganz geschlossen. Seit einem Jahr sind sie wieder offen. Das ist gut so.

Martin Habersaat ist von der SPD. Er sagt: Nicht alle Kinder und Eltern finden die offenen Schulen gut. Denn viele haben Angst dass sie sich in der Schule anstecken.

Volker Schnurrbusch ist von der AfD. Er sagt: Es war falsch die Schulen zu schließen. Denn Kinder und Jugendliche sind nur selten schwer krank von Corona.

Erklärungen:

Pandemie: Das Wort Pandemie kommt aus der Sprache Griechisch. Es bedeutet: Eine Krankheit ist ansteckend und sie hat sich auf der ganzen Welt verbreitet.

Psychologen: Psychologen können Menschen helfen wenn sie über längere Zeit traurig oder wütend sind. Sie können auch ganzen Schul-Klassen helfen damit die Schüler besser miteinander klar kommen.



Eine Schul-Klasse während der Corona-Pandemie

Karin Prien, seit 2017 schleswig-holsteinische Bildungsministerin, wurde Ende Januar bei einem digitalen Parteitag zur stellvertretenden Bundesvorsitzenden der CDU gewählt. Sie erhielt einen der fünf Stellvertreterposten des neuen Parteichefs Friedrich Merz.

Udo Philipp, von 2019 bis 2021 Staatssekretär im Landesfinanzministerium, ist seit Mitte Dezember beamteter Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz. Der Grünen-Politiker ist damit im Ressort seines Parteifreundes Robert Habeck tätig. Philipps Stelle im Kieler Finanzministerium soll dem Vernehmen nach vor der Landtagswahl nicht neu besetzt werden.

Rasmus Andresen, von 2009 bis 2019 für die Grünen im Landtag und seitdem im Europaparlament, ist neuer Sprecher der deutschen Grünen im EU-Parlament. Der ehemalige Landtagsvizepräsident steht an der Spitze der 21 deutschen Grünen-Abgeordneten in Brüssel und Straßburg.

Luise Amtsberg, Grünen-Landtagsabgeordnete von 2009 bis 2012 und seit 2013 im Bundestag, wurde im Januar Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe. Die Menschenrechtsbeauftragte hat ihren Sitz im Auswärtigen Amt.

Klaus Müller, von 2005 bis 2006 für die Grünen im Landtag und zuvor fünf Jahre lang Landesumweltminister, ist seit 1. März Präsident der Bundesnetzagentur. Die Bundesbehörde mit Sitz in Bonn überwacht den Markt in den Bereichen Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahn. Müller war zuvor Chef der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen.

Tamara Zieschang, von 2009 bis 2012 Staatssekretärin im schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministerium, ist seit September 2021 Ministerin für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt. Zuvor war die CDU-Politikerin Staatssekretärin im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur gewesen.

Andreas Burmester, ehemaliger Technik-Vorstand der Kieler Werft ThyssenKrupp Marine Systems (TKMS), ist seit Anfang Februar maritimer Koordinator der Landesregierung. Burmester soll das Land bei allen maritimen Themen beraten. Er trat die Nachfolge von Peter Herzig an.

Jörn Schaar berichtet seit dem 1. Februar für Deutschlandfunk, Deutschlandfunk Kultur und Deutschlandfunk Nova als Landeskorrespondent über die schleswig-holsteinische Politik. Er folgt auf Johannes Kulms, der nun in Berlin als redaktioneller Mitarbeiter für Deutschlandfunk Kultur arbeitet. Jörn Schaar war seit 2012 Reporter im NDR-Studio Heide.

Trauer um Hans Gerhard Ramler und Egon Schübeler

Der Landtag hat im Januar zweier Verstorbener mit Schweigeminuten gedacht.

Am 11. Dezember verstarb Hans Gerhard Ramler im Alter von 93 Jahren in Sierksdorf (Kreis Ostholstein). Der SPD-Politiker gehörte dem Parlament von 1971 bis 1987 an. In seiner Landtagsarbeit wie in seiner haupt- und ehrenamtlichen Tätigkeit für



die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) habe sich der gebürtige Kieler insbesondere für die berufliche Bildung eingesetzt, betonte Landtagspräsident Klaus Schlie. Als Bevollmächtigter der Landesregierung „für vordringliche Fragen der beruflichen Bildung“ wie als Gründer einer Stiftung für sozial benachteiligte junge Menschen habe Hans Gerhard Ramler stets „das ur-sozialdemokratische Versprechen des Aufstiegs durch Bildung“ im Blick gehabt: „Er war ein durch und durch politischer Mensch, der bis zu seinem Tod aktiv und sozial engagiert blieb.“

Egon Schübeler verstarb am 20. Januar im Alter von 94 Jahren. Dem Landtag gehörte er von 1967 bis 1987 als Mitglied der CDU-Fraktion an. Von 1975 bis zu seinem Ausscheiden aus dem Parlament war er Landtagsvizepräsident. Der promovierte Agrarwirt aus Rügge (Kreis Schleswig-Flensburg), der auch ehrenamtlicher Bürgermeister seiner Heimatgemeinde und langjähriges Mitglied im Kreistag war, sei ein „bodenständiger, tief in seiner Heimat Schleswig-Holstein verwurzelter Politiker“ gewesen, so

Landtagspräsident Schlie. Als Mitglied der Enquete-Kommission „Verfassungs- und Parlamentsreform“ habe Egon Schübeler 1988/89 dazu beigetragen, eine umfassende Modernisierung der Landesverfassung in die Wege zu leiten.



Blickpunkt Landtagswahl 2022

Daniel Günther, CDU-Landesvorsitzender und Ministerpräsident, ist erneut Spitzenkandidat seiner Partei. Er wurde Anfang März bei einem Parteitag in Neumünster auf Platz 1 der Landesliste gewählt. Günther erhielt 208 Delegiertenstimmen bei 20 Gegenstimmen. Auf den weiteren Plätzen folgen zahlreiche aktive Landespolitiker: Bildungsministerin Karin Prien (2), Fraktionschef Tobias Koch (3), der Landtagsabgeordnete Tobias von der Heide (5), Innenstaatssekretärin Kristina Herbst (6) sowie die Abgeordneten Lukas Kilian (7), Anette Röttger (8), Johannes Callsen (9), Andrea Tschacher (10), Ole Plambeck (11), Peter Lehnert (13), Werner Kalinka (15), Heiner Rickers (17), Tim Brockmann (21), Katja Rathje-Hoffmann (22), Justizminister Claus Christian Claussen (23), Andreas Hein (25), Peer Knöfler (27), Volker Nielsen (31) und Hauke Göttsch (35).



Thomas Losse-Müller wurde auf einem Landesparteitag in Neumünster Anfang Februar zum Spitzenkandidaten der SPD gewählt. Der ehemalige Chef der Staatskanzlei erhielt 188 Delegiertenstimmen bei acht Gegenstimmen und vier Enthaltungen. Hinter Losse-Müller auf Platz 1 wurden zahlreiche Landtagsabgeordnete auf die SPD-Landesliste gewählt: Serpil Midyatli (Platz 2), Martin Habersaat (3), Kai Dolgner (5), Sandra Redmann (6), Beate Raudies (8), Birgit Herdejürgen (10), Thomas Hölck (11), Birte Pauls (12), Kirsten Eickhoff-Weber (14), Kai Vogel (15), Katrin Fedrowitz (16), Özlem Ünsal (20), Stefan Weber (21) und Kerstin Metzner (36).



Jörg Nobis, Vorsitzender des AfD-Zusammenschlusses im Landtag, wurde auf einem Parteitag in Elmshorn Anfang Februar zum Spitzenkandidaten seiner Partei gewählt. Er setzte sich in einer Stichwahl mit 112 zu 84 Stimmen gegen einen Mitbewerber durch. Nobis hat Listenplatz 1 und kandidiert zudem im Wahlkreis Segeberg-Ost. Auch die Abgeordneten Volker Schnurrbusch (Listenplatz 3, WK Ostholstein-Nord) und Claus Schaffer (Listenplatz 6, WK Lübeck-West) kandidieren erneut.



Grüne: Die Grünen haben bis Anfang Februar die noch ausstehenden Wahlkreis Kandidaten nominiert. Darunter sind die Landtagsabgeordneten Joschka Knuth (Wahlkreis Eckernförde), Aminata Touré (WK Neumünster) und Lasse Petersdotter (WK Kiel-Nord).

Weitere Nominierungen:
Landtagszeitschriften 03/21 und 04/21



Runde Geburtstage

Joachim Harms aus Elmshorn, von 1971 bis 1987 für die SPD im Landtag, hat am 21. März seinen 90. Geburtstag gefeiert.

Sigrid Warnicke aus Pansdorf (Kreis Ostholstein), von 1983 bis 1995 für die SPD im Landtag, anschließend bis 2001 Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, hat am 27. März ihren 85. Geburtstag gefeiert.

Meinhard Füllner aus Pogeetz (Kreis Herzogtum Lauenburg), von 1987 bis 2000 für die CDU im Landtag, hat am 26. Dezember seinen 80. Geburtstag gefeiert.

Arno Jahner aus Neumünster, von 2000 bis 2005 für die SPD im Landtag, hat am 25. Dezember seinen 75. Geburtstag gefeiert.

Ute Erdsiek-Rave aus Kronshagen bei Kiel, von 1987 bis 2009 für die SPD im Landtag, von 1992 bis 1996 Landtagspräsidentin, von 1998 bis 2009 Bildungsministerin, hat am 2. Januar ihren 75. Geburtstag gefeiert.



Peter Harry Carstensen von der Insel Nordstrand, von 2005 bis 2012 für die CDU im Landtag und zugleich Ministerpräsident, zuvor seit 1983 im Bundestag, hat am 12. März seinen 75. Geburtstag gefeiert.



Werner Kalinka aus Dobersdorf (Kreis Plön), von 1977 bis 1983, von 2000 bis 2012 sowie seit 2017 für die CDU im Landtag, hat am 17. Februar seinen 70. Geburtstag gefeiert.

Silke Hars aus Langenhorn (Kreis Nordfriesland), von 1992 bis 2000 für die CDU im Landtag, hat am 23. Februar ihren 70. Geburtstag gefeiert.

Bernd Heinemann aus Heikendorf bei Kiel, seit 2009 für die SPD im Landtag, von 2012 bis 2017 Landtagsvizepräsident, hat am 25. Februar seinen 70. Geburtstag gefeiert.

Wolfgang Kubicki aus Strande bei Kiel, von 1992 bis 2017 für die FDP im Landtag, seitdem im Bundestag und Bundestagsvizepräsident, hat am 3. März seinen 70. Geburtstag gefeiert.

Herzlichen Glückwunsch!

Meldungen für das Ehrenamt



Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen.

Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Menschen diese Themen im Überblick.

„**Helfergesetz**“: Angehörige von Hilfsorganisationen, die bei der Bewältigung von Verkehrsunfällen, Starkregen, Schnee, Sturm, Zugunglücken oder Autobahnstaus helfen, bekommen ab 1. April einen Verdienstausfall. Das hat der Landtag Ende März einstimmig beschlossen. Das Land will die Lohnkosten übernehmen. Das Innenministerium rechnet mit jährlichen Kosten von etwa 100.000 Euro.

Bislang hatten lediglich anerkannte Katastrophenschutzeinheiten einen Anspruch auf Freistellung und Lohnerstattung wie etwa das THW oder die Freiwillige Feuerwehr. Anders sah es beim DRK, bei der DLRG, beim Arbeitersamariterbund, bei den Kirchen, bei den Maltesern oder den Johannitern aus. Angehörige dieser Hilfsorganisationen erhielten nur Ausfallgeld, wenn die Behörden offiziell den Katastrophenfall ausgerufen hatten. Ansonsten mussten sie die ausgefallenen Arbeitsstunden nacharbeiten oder Urlaubstage in Anspruch nehmen.

Jetzt werde eine „Gerechtigkeitslücke“ geschlossen, sagte Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) bei der Ersten Lesung im Februar: „Wer sich ehrenamtlich einsetzt, soll keine finanziellen Nachteile erleiden.“ Beate Raudies (SPD) lobte die Initiative der Landesregierung: „Gut, dass es ein Ende hat mit dem zweierlei Maß.“ Und Jörg Hansen (FDP) wies darauf hin, dass das Land damit langjährige Forderungen der Hilfsorganisationen aufgreife. Das Gesetz gilt nicht für „Spontanhelfer“, die keiner Organisation angehören.

Brandschutzgesetz: Die Arbeit der Feuerwehren in Schleswig-Holstein soll einfacher werden. Der Landtag beschloss Ende März einstimmig entsprechende Änderungen am Brandschutzgesetz. So wird die Altersgrenze für Mitglieder der Verwaltungsabteilung gestrichen. Zudem können künftig in

Freiwilligen Feuerwehren auch Mitglieder der Verwaltungsabteilung Vorstandsposten wahrnehmen, etwa bei der Schriftführung und der Kassenverwaltung. Es können nun auch verpflichtete Mitglieder in eine vorhandene Freiwillige Feuerwehr integriert werden. Zudem können Gemeinden Entschädigungen und Ersatzansprüche von Feuerwehrleuten der Freiwilligen Feuerwehren auch pauschal abrechnen. Dies galt bisher nur für die Wehrführungen.

Hintergrund: Viele Freiwillige Feuerwehren im Land haben Personalsorgen. In den vergangenen Jahren ist es vielerorts trotz erheblicher Bemühungen nicht mehr gelungen, genügend Ehrenamtliche zu finden. In diesem Fall werden Einwohner zur Mitarbeit verpflichtet.

Kommunalabgaben: Die Gemeinden im Land sollen mehr finanzielle Entscheidungsfreiheit bekommen. Das ist das Ziel der Reform des Kommunalabgabengesetzes, deren Eckpunkte Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) Ende Januar vorgestellt hat. Hauptstreitthema: die Straßenausbaubeiträge.

Mit dem Entwurf wolle die Landesregierung „echte Flexibilität und Gestaltungsspielräume“ schaffen, so Sütterlin-Waack. Es werde etwa eine Eigenbeteiligung der Kommunen bei der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen ermöglicht. Die Landesregierung habe in dieser Legislaturperiode bereits die Pflicht zur Erhebung der Beiträge abgeschafft und eine Kompensation für die Mindereinnahmen über den kommunalen Finanzausgleich geschaffen. Die Reform biete nun eine „echte Wahlmöglichkeit“ und stärke die kommunale Selbstverwaltung. Die SPD-Abgeordnete Beate Raudies bezeichnete das Vorhaben als „Eingeständnis, dass die finanzielle Kompensation, die Jamaika den Gemeinden über den Finanzausgleich

gewährt, nicht ausreichend ist“. Die Reform sei eine „Mogelpackung“. Echte Wahlfreiheit hätten nur die Kommunen, die ohnehin finanziell gut ausgestattet seien. Raudies forderte eine komplette Abschaffung der Ausbaubeiträge für Anwohner.

Zudem ist ein größerer Spielraum bei der Kurabgabe vorgesehen. Mit der neuen Regelung könnten die Gemeinden künftig selber entscheiden, von welcher Gästegruppe sie die Abgabe erheben. Auch der gesetzliche Rahmen für Gebührenermäßigungen werde erweitert, so die Ministerin: „Zukünftig können Gemeinden auch für soziale oder kulturelle Zwecke oder für Veranstaltungen, die dem Wohl aller dienen, die Gebühren reduzieren.“ Der Gesetzentwurf wurde an den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen.

Rückkehrrecht für Wahlbeamte: Wer als Beamter im Öffentlichen Dienst tätig ist, kann nach einer abgeschlossenen Tätigkeit als sogenannter Wahlbeamter in sein ruhendes Beschäftigungsverhältnis zurückkehren. Das hat der Landtag Ende Februar einstimmig beschlossen.

Die Regelung kommt etwa zum Tragen, wenn ein hauptamtlicher Bürgermeister für die Dauer einer Wahlperiode seinen vorherigen Arbeitsplatz in der Verwaltung aufgeben muss. Scheidet dieser aus dem Amt als Bürgermeister aus, so kann er künftig „auf Antrag in dasselbe Amt derselben Laufbahn“ zurückkehren, das er „im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zum Zeitpunkt der Begründung des Wahlbeamtenverhältnisses“ innehatte, wie es in dem Gesetzestext heißt. Ein entsprechender Antrag muss binnen drei Monaten nach dem Ende der Amtszeit als Wahlbeamter gestellt werden.

Länderabend Frankreich „Europa muss souveräner werden“

Der russische Angriff auf die Ukraine habe gezeigt, dass Europa wehrhafter und unabhängiger werden müsse. Das betonte die französische Botschafterin in Deutschland, Anne-Marie Descôtes, Mitte März im Landeshaus. Frankreich wolle seine derzeitige EU-Ratspräsidentschaft für Impulse in diese Richtung nutzen, so die Diplomatin vor rund 80 Gästen im Plenarsaal.

Der Landtag lädt traditionell diplomatische Vertreter des EU-Staates zum Meinungsaustausch, der die halbjährige Ratspräsidentschaft innehat. Im ersten Halbjahr 2022 ist dies Frankreich. Die Ereignisse in der Ukraine hätten gezeigt, wie wichtig eine „europäische strategische Souveränität“ sei, unterstrich Botschafterin Descôtes. Ein zentraler Baustein sei eine gemeinsame europäische Verteidigungsstrategie, „komplementär zur NATO“. So müssten die EU-Staaten ihre Rüstungsinvestitionen besser koordinieren. Teilweise seien die Waffen- und Kommunikationssysteme nicht kompatibel. Frankreich setze außerdem auf mehr Investitionen in Spitzentechnologie, etwa in die Wasserstoffforschung, in die Bekämpfung von Cyber-Attacken und in die Raumfahrt. Im maritimen Bereich spiele Schleswig-Holstein eine Schlüsselrolle, betonte die Botschafterin und verwies auf die Partnerschaft des Landes mit französischen Region Pays de la Loire. Eine

engere Verzahnung regte sie auch in der Energiepolitik an – trotz unterschiedlicher Standpunkte beim Thema Kernkraft. Landtagsvizepräsidentin Annabell Krämer wies auf die besondere Qualität der deutsch-französischen

Beziehungen hin: „75 Jahre Frieden zwischen Deutschen und Franzosen und 75 Jahre Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sind das Ergebnis eines gewachsenen Vertrauens, einer belastbaren Partnerschaft und einer aufrichtigen Freundschaft zwischen den Ländern und ihren Menschen.“ Und der Europaausschussvorsitzende Wolfgang Baasch merkte an: „Wir wollen diese Freundschaft stärken und pflegen. Sie trägt zu einem großen Teil zu einem stabilen Europa bei.“



Im Rahmen des Länderabends verlieh Botschafterin Descôtes (re.) den französischen Verdienstorden „Ordre national du Mérite“ an die langjährige Leiterin des Institut Français/Centre Culturel Kiel, Catherine Rönnau, für ihre Verdienste um die französische Kultur in Deutschland.

150 Jahre Landesarchiv

Garant der Demokratie in digitalen Zeiten

Seit 1870 hat Schleswig-Holstein ein zentrales Archiv für politisch, juristisch und gesellschaftlich wertvolle Dokumente. Das ehemalige preußische Staatsarchiv war der Vorgänger des 1947 ins Leben gerufenen Landesarchivs in Schleswig. Zum 150. Jubiläum – wegen der Coronapandemie um zwei Jahre verspätet – haben Politiker und Archivare bei einer Podiumsdiskussion im Landeshaus über künftige Herausforderungen debattiert. Am Ende gab es drei wesentliche Erkenntnisse.

1. Archive sind wichtig für die Demokratie

Archive seien Tore zur Vergangenheit und stellten Transparenz her, sagte Landtagsvizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber. Damit seien sie Garanten dafür, dass tendenziöse Geschichtsinterpretation nicht als Waffe

nationalistischer Machtansprüche missbraucht werden könnten. Johannes Rosenplänter vom Verband Schleswig-Holsteinischer Kommunalarchivarinnen und -archivare wies darauf hin, dass nicht nur das Land, sondern auch Kommunen, Ämter und Kreise Archive unterhielten: „Das zeigt, wie unsere Demokratie aus den Gemeinden erwächst.“

2. Die Digitalisierung macht vieles komplizierter

Seit die Kommunikation weitgehend digital verläuft, sei die Menge an Informationen rasant angestiegen, merkte Tobias Koch (CDU) an: „Einen Brief zu schreiben war früher viel aufwändiger als heute eine E-Mail.“ Zudem sei es schwieriger, Daten auf dem Mobiltelefon oder dem PC zu sichten, als bei einem traditionellen Papierarchiv. Christopher Vogt (FDP) rief dazu auf, die digitalen Dateien „sehr gewissenhaft zu pflegen“.

3. Auch die Politik kann mithelfen

Manche Dokumente, etwa interne Absprachen über politische Initiativen, seien „heikel, aus der Hand zu geben“, so Eka von Kalben (Grüne). Martin Habersaat (SPD) fragte: „Wer archiviert das, und wer ist für die Übergabe zuständig?“ Der Leiter des Landesarchivs, Prof. Rainer Hering, bat die Abgeordneten, ihre Aufzeichnungen an ein Archiv weiterzugeben und betonte: „Wir können Diskretion gewährleisten, und es wäre ein großer Verlust, wenn diese Unterlagen verloren gehen würden.“ Lars Harms (SSW), seit 2000 im Parlament, nannte ein Beispiel für ein alltägliches Dokument, das bereits heute historisch ist: „mein erster Abgeordnetenausweis, ein kleines graues Heft“.



Ausweitung des Wahlrechts bleibt umstritten

Mehr Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit sollen an Wahlen teilnehmen dürfen. Das regten SSW und SPD an – und lösten damit Anfang Februar eine kontroverse Diskussion im Innen- und Rechtsausschuss aus. Fachleute sprachen in einer mehrstündigen Anhörung von einem wichtigen Schritt in Richtung Integration und Identifikation mit dem deutschen Staat. Aber es gebe auch verfassungsrechtliche Hürden. Jamaika stimmte im März gegen beide Vorschläge – obwohl die Grünen durchaus Sympathie erkennen ließen.

Der SSW fordert das Kommunalwahlrecht für alle Menschen, die seit mindestens vier Jahren ihren ständigen Wohnsitz in Deutschland haben – unabhängig von deren Nationalität. Bislang dürfen nur deutsche Staatsbürger und EU-Ausländer die Stadträte und Gemeindevertretungen wählen. Die SPD will darüber hinaus erreichen, dass in Schleswig-Holstein ansässige EU-Bürger auch bei Landtagswahlen an die Urnen gehen können. Die beiden Oppositionsparteien rufen die Landesregierung auf, im Bundesrat eine entsprechende Grundgesetzänderung auf den Weg zu bringen. Denn aktuell blockiert ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1990 das erweiterte Ausländerwahlrecht. In Schleswig-Holstein leben etwa 250.000 Menschen ohne deutschen Pass, knapp neun Prozent aller Einwohner. Etwa 80.000 dieser Ausländer sind Angehörige eines anderen EU-Staates. Viele der Nicht-EU-Ausländer haben türkische Wurzeln.

Kontroverse um Grundgesetz-Auslegung

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“, zitierte Prof. Florian Becker von der Uni Kiel Artikel 20 des Grundgesetzes. Und dieses „Volk“ seien die deutschen Staatsangehörigen, und

eben nicht die Einwohner anderer Nationalität. Becker warnte vor einer „Verwässerung demokratischer Legitimation“, falls das Wahlrecht auf Nicht-Deutsche ausgeweitet würde. Diese Vorgabe des Grundgesetzes unterliege der „Ewigkeitsgarantie“, so Becker. Dem widersprach Prof. Tarik Tabbara von der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin. Die „Ewigkeitsgarantie“ solle das Grundgesetz vor einem Rückfall in totalitäre Herrschaft schützen, aber nicht vor einer Neugestaltung der Demokratie. Alle, die von staatlichen Entscheidungen betroffen seien, müssten Einfluss nehmen könnten. Tabbara empfahl, die Landesverfassung um den Satz zu ergänzen: „An Wahlen und Abstimmungen können auch Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit teilnehmen.“

„Spitzenpolitiker als Vorbilder“

Prof. Kerstin von der Decken, Völkerrechtlerin von der Uni Kiel, pochte auf das „Prinzip der Reziprozität“. Deutschland solle das Wahlrecht nur den Angehörigen jener Staaten zugestehen, die ihrerseits die dort lebenden Deutschen an Wahlen teilnehmen lassen. Dies gelte zwar für alle EU-Staaten, für viele andere Länder jedoch nicht. Prof. Hacı Halil Uslucan, Integrationsforscher von der Uni

Duisburg/Essen, forderte hingegen „Reziprozität“ für alle Menschen, die im Lande leben: „Wenn Herrschaft als legitim wahrgenommen werden soll, dann braucht sie die Zustimmung aller Regierten.“

Hauke Petersen, stellvertretender Landesbeauftragter für politische Bildung, wies darauf hin, dass die Wahlbeteiligung unter Ausländern laut einer EU-Studie häufig niedriger sei als bei der eingewohnten Bevölkerung. Neu-Wähler müssten also für demokratische Prozesse „sensibilisiert“ werden. Spitzenpolitiker mit Migrationshintergrund wie Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir hätten Signalwirkung, betonte Thorsten Döring, Stellvertreter des Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen.

Türkische Gemeinde fordert „Doppelpass“

Es gebe einen klaren Weg zum Wahlrecht: die Einbürgerung. Darauf wies der CDU-Abgeordnete Tim Brockmann hin. Burkhard Peters (Grüne) blickte auf die Bedingungen für die deutsche Staatsbürgerschaft. So müssten Anwärter nachweisen, dass sie keine Sozialleistungen beziehen. Entsprechend kämen nur Menschen mit ausreichendem Einkommen in den Genuss des Wahlrechts. Cebel Küçükcaraca von der Türkischen Gemeinde Schleswig-Holstein forderte den „Doppelpass“. Viele Menschen mit türkischer Abstammung wollten gerne Deutsche werden – aber die türkische Staatsangehörigkeit nicht aufgeben. Dies erlaube die Bundesrepublik derzeit aber nicht.

Wirtschaft: Große Auswirkung trotz geringen Handelsvolumens

Der Handel mit Russland und der Ukraine hat für Schleswig-Holstein ein „überschaubares Volumen“. Es gebe lediglich 250 Unternehmen im Lande, die auf das Osteuropa-Geschäft spezialisiert seien, und die von der aktuellen Krise besonders betroffen seien, betonte Wirtschaftsminister Bernd Buchholz (FDP) Anfang März im Wirtschaftsausschuss. Dennoch werde der russische Überfall auf das Nachbarland erhebliche Folgen für das wirtschaftliche Leben im Lande haben. Buchholz nannte die Stichworte Energiepreise, Lieferketten und Cybersicherheit.

„Wirtschaftliche Interessen müssen in diesem Moment zurückstecken“, unterstrich der Minister. Er dankte den Unternehmen, die bereit seien, ihre Kontakte nach Russland auf Eis zu legen, „um Frieden und Freiheit zu schützen“. Als Beispiel nannte Buchholz den Hafen Lübeck, der seine Dependence in Sankt Petersburg geschlossen habe.

Eine konkrete Folge des Krieges sei, dass ukrainische Lkw-Fahrer, die zu normalen Zeiten im Auftrag polnischer Firmen „ganz Zentraleuropa versorgen“, in ihre Heimat zurückkehren, um zu kämpfen. Buchholz warnte vor russischen Cyber-Angriffen und rief die Unternehmen im Lande auf, „ihre IT-Sicherheit zu überprüfen“. Es habe bereits Attacken auf die Steuerung von Windanlagen gegeben. Das Ministerium habe gemeinsam mit der IT-Branche einen „Servicepunkt Cybersicherheit“ eingerichtet, der fachmännische Beratung anbiete, so der Minister.

Stefan Bolln (SPD) mahnte eine rasche Integration von ukrainischen Flüchtlingen in den deutschen Arbeitsmarkt an. Dies sei einfacher als während des Syrienkriegs 2015, weil die ukrainischen Migrantinnen keine Asylverfahren durchlaufen müssten. Minister Buchholz wies



Der Rubel rollt nicht mehr: Die Sanktionen der Europäischen Union beinhalten auch ein Verbot von Transaktionen mit der russischen Zentralbank.

darauf hin, dass überwiegend Frauen mit Kindern ins Land kämen: „Die brauchen erstmal Kinderbetreuung.“ Es seien „viele qualifizierte Frauen dabei“, entgegnete Kerstin Metzner (SPD), die es gewöhnt seien, trotz Kindern zu arbeiten.

Nordsee-Öl und AKW-Laufzeiten: neuer Kurs?

Energieminister Jan Philipp Albrecht (Grüne) hält eine vorübergehende Steigerung der Ölförderung auf der Plattform Mittelplate in der Nordsee vor Dithmarschen für möglich – als Konsequenz aus den Versorgungsengpässen infolge des Ukraine-Kriegs und der Russland-Sanktionen. Allerdings gebe es gesetzliche Vorgaben zum Schutz des Nationalparks Wattenmeer, sagte Albrecht Anfang März im Umwelt-, Agrar- und Digitalisierungsausschuss. Deswegen wären zusätzliche Fördermengen nur genehmigungsfähig, wenn zugleich ein festes Ausstiegsdatum festgelegt werde. Die SPD-Abgeordnete Sandra Redmann hatte die Stellungnahme des Ministers angefordert. Die Steigerung der Erdölförderung vor der Küste Dithmarschens hatten FDP und CDU angeregt.

Grundsätzlich, so Albrecht, dürfe es „keine Denkverbote“ geben. Auch die Verlängerung von AKW-Laufzeiten schloss der Minister nicht aus. Die zum Teil schon im Abbau befindlichen drei Reaktoren in Schleswig-Holstein sollten aber kein Teil der Atom-Diskussion sein, merkte Albrecht an.

Schleswig-Holstein setzt Russland-Kontakte aus

Der russische Angriff auf die Ukraine hat tiefgreifende Folgen für die Europapolitik des Landes. Kontakte zu offiziellen Stellen in Russland werden auf Eis gelegt – etwa zur Oblast Kaliningrad, mit der Schleswig-Holstein seit Jahren eine Partnerschaft pflegt. Derzeit sei ein unbelasteter Austausch mit der russischen Seite nicht möglich, so Minister Claus Christian Claussen (CDU) Ende Februar im Europaausschuss. Gleichwohl dürfe man aber nicht alle Kanäle versiegeln lassen: „Es gibt die Hoffnung auf gesellschaftlichen Druck“, sagte der Minister. Alle Fraktionen unterstützten diesen Kurs. „Unser Netzwerk der Ostseeanrainerstaaten ist unendlich wichtig“, unterstrich Jette Waldinger-Thiering (SSW), und die SPD-Abgeordnete Regina Poersch hob hervor, „unbedingt zwischen der Zivilgesellschaft und Putin zu unterscheiden“.

Auch die Arbeit in der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) ruht derzeit. Hartmut Hamerich (CDU), Delegationsleiter des Landtages bei der BSPC, berichtete von „hanebüchenen Lügengeschichten“ in einem Schreiben der russischen Delegation.



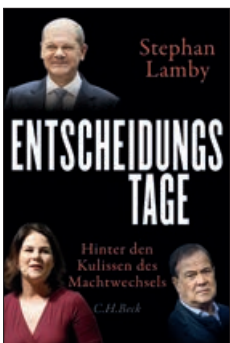
Die Bibliothek des Landtages lädt ein

Die Landtagsbibliothek ist eine Service-Einrichtung für Abgeordnete und für Mitarbeiter aus Fraktionen und Verwaltung. Aber sie steht auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Interessierte Bürger sind im zweiten Stock des Landeshauses herzlich willkommen. Dort stehen 25.000 Bände aus den Gebieten Recht, Politik, Verwaltung, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde. Als Appetithappen stellen die Mitarbeiter der Bibliothek in dieser Serie Werke vor, die in den Räumen der Bibliothek eingesehen werden können. Interessiert? Die Bibliothek ist von Montag bis Freitag zwischen 8:30 Uhr und 12:00 Uhr sowie zwischen 13:00 und 16:00 Uhr geöffnet. Bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Weitere Informationen gibt es unter den Telefonnummern 0431/988-1110 und 0431/988-1111. Bei der Büchersuche hilft der Online-Katalog auf der Website des Landtages: www.sh-landtag.de, „Service“, Rubrik „Landtagsbibliothek“.



Legband, Michael: Das Mahnmal: 75 Jahre gegen das Vergessen; Vom Umgang mit dem Nationalsozialismus in Itzehoe. – Kiel: Verlag Ludwig, 2022. – 415 S. – zahlr. Illustrationen

Anhand der bewegten Geschichte des ersten Mahnmals für die Opfer des Nationalsozialismus in Nordeuropa beleuchtet Michael Legband – unterstützt durch weitere namhafte Autoren und Künstler – umfassend und anschaulich sowohl Lebenswege wie auch Gesellschaft und Architekturgeschichte der Nachkriegszeit in Itzehoe und Umgebung. Der Autor war lange Jahre Korrespondent im Landeshaus sowie Pressesprecher der IHK Kiel.



Lamby, Stephan: Entscheidungstage: Hinter den Kulissen des Machtwechsels. – München: C.H.Beck Verl., 2022. – 381 S.

Stephan Lamby – Journalist, Autor und TV-Produzent – untersucht das politische Leben in Deutschland des vergangenen Vierteljahrhunderts. Untermuert durch Erfahrungen und Kenntnisse aus dieser Zeit legt er in dieser fesselnden, investigativen Reportage eine Beschreibung von Entwicklungen der letzten Jahre vor, mit Fokus auf das Wahljahr 2021, seine politischen Hauptakteure sowie den Regierungswechsel zur Ampel-Koalition.



Guillén, Mauro F.: 2030 – Die Welt von morgen. – Hamburg: Hoffmann und Campe, 2021. – 383 S.

Die Zukunft liegt nicht weit entfernt, sie beginnt im nächsten Moment. Um von Entwicklungen nicht überrascht zu werden, sondern eine aktive Rolle bei der Gestaltung der Zukunft übernehmen zu können, ist die Frage, wie die Welt zukünftig aussehen wird, wo und wie Menschen leben werden, wie Vermögen verteilt und wohin sich Schwerpunkte von Verbrauchermärkten und Wirtschaftskräften verlagern, von immenssem Interesse. Mauro F. Guillén beleuchtet die sich bereits abzeichnenden Megatrends und wie sie sich in absehbarer Zeit in unser aller Leben auswirken werden. Vor dem Hintergrund aktueller politischer Entwicklungen liest sich

dieser Band noch intensiver, denn man erkennt, dass auch bei der Abschätzung mittel- und langfristiger Entwicklungen das Heute als entscheidend für die Gestaltung jeder Zukunft nicht aus dem Blick geraten darf.

Altenparlament Broschüre erschienen

Die Dokumentation zum 33. Altenparlament, das im vergangenen September im Landeshaus stattgefunden hat, liegt nun vor. Die 320 Seiten starke Broschüre protokolliert die Debatten und die Beschlüsse der rund 40 Senioren sowie die Stellungnahmen der Landtagsfraktionen, der Landesministerien und der schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten. Ebenfalls enthalten ist der Vortrag des Infektiologen Prof. Jan Rupp vom UKSH in Lübeck zum Thema „Pandemie jetzt und in Zukunft“ sowie seine Antworten auf Fragen der Altenparlamentarier. Erhältlich ist die Dokumentation, wie immer kostenlos, beim Referat für Öffentlichkeitsarbeit des Landtages:

bestellungen@landtag.ltsh.de

Impressum

Herausgeber:

Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Redaktion:

Referat für Öffentlichkeitsarbeit,
Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Johannes Utzolino (V.i.S.d.P.)

Tel. 0431/988-1268, johannes.utzolino@landtag.ltsh.de

Karsten Blaas (Redakteur)

Tel. 0431/988-1125, karsten.blaas@landtag.ltsh.de

Yvonne Windel (stellv. Redakteurin)

Tel. 0431/988-1122, yvonne.windel@landtag.ltsh.de

Fotos:

Regina Baltschun, Thomas Eisenkrätzer, Michael August, Karsten Blaas, Yvonne Windel, Detlef Ziepe, Janine Wergin, Vivien Albers, Johannes Utzolino, Landesbeauftragter für politische Bildung, Holger Stöhrmann, Frank Peter, Sönke Ehlers, Archiv des Landtages, Landesarchiv Schleswig, dpa-Bildfunk, Tommy s./pixelio.de, S. Hofschlaeger/pixelio.de, Nord Art, Pure Fruit/Rudolph Dirks, PixelPower/AdobeStock, Yagnik/AdobeStock

Konzept:

Stamp Media im Medienhaus Kiel,
Ringstraße 19, 24114 Kiel,
www.medienhaus-kiel.de

Titelseite: Amatik,
Boninstraße 63, 24114 Kiel

Gestaltung, Layout:

Stamp Media im Medienhaus Kiel,
Ringstraße 19, 24114 Kiel,
www.medienhaus-kiel.de

Herstellung, Druck:

AlsterWerk MedienService GmbH
Billstraße 103, 20539 Hamburg

Bezug der Landtagszeitschrift:

(Abonnement und Versand kostenfrei)
Landtag Schleswig-Holstein, Ref. f. Öffentlichkeitsarbeit,
L1415, Postfach 7121, 24171 Kiel, Telefon 0431/988-1639,
Fax 0431/988-1119, bestellung@landtag.ltsh.de

Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem,
chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 31. März 2022

Der Landtag im Internet: www.sh-landtag.de

Lösungswort des Quiz auf Seite 5:
WAHLTAG



Das Schlagzeug ist das Instrument des Jahres 2022 – gekürt vom Landesmusikrat Schleswig-Holstein und, wie jedes Jahr, präsentiert im Landeshaus. Landtagspräsident Klaus Schlie bekam von der Flensburger Schlagzeugerin Taleja Großmann Tipps zum Trommeln.

Zu Besuch im Landeshaus



Bauarbeiter sind derzeit die häufigsten Gäste in der Bibliothek des Landeshauses. Die Renovierungsarbeiten starteten im Oktober letzten Jahres. Anfang April sollen die Buch-Bestände nach und nach zurückkehren, und ab Sommer soll die Bibliothek wieder nutzbar sein.



Ricarda Gottlob (16) vom Katharineum in Lübeck und Frederick Mönkehaus (14) vom Dietrich-Bonhoefer-Gymnasium Quickborn heißen die Sieger beim diesjährigen Landesfinale von „Jugend debattiert“, das Ende März im Plenarsaal stattfand. Links: Ansgar Kemmann (Hertie-Stiftung), rechts: der Landesbeauftragte für politische Bildung, Christian Meyer-Heidemann und Jenna Melzer (Bildungsministerium).



Die rumänische Botschafterin Adriana-Loreta Stănescu hat Ende März dem Landtag ihren Antrittsbesuch abgestattet und sich in das Gästebuch eingetragen. Mit Landtagsvizepräsidentin Aminata Touré (hinten) führte sie ein politisches Gespräch. Stănescu ist seit September vergangenen Jahres Botschafterin Rumäniens in Berlin.



Im „Haus Damiano“ in Kiel bieten Franziskanerinnen Herberge und Beistand für ratsuchende Menschen. Ende Januar besuchten sie Landtagspräsident Klaus Schlie (5. v. li.), der Schirmherr des Freundeskreises des Gästeklosters ist.

Termine, Termine, Termine ...

„Katzenjammer Kids“ und Werner: Comic-Kultur im Landeshaus

Die schleswig-holsteinische Comic-Kultur ist Gegenstand einer Ausstellung im Sommer.

Der langnasige Motorradfahrer Werner und sein Erfinder Brösel sind seit Jahrzehnten überregional bekannt, zudem gibt es junge Talente

im Norden, die ihre Werke beispielsweise im Kieler Magazin „Pure Fruit“ veröffentlichen. Und: Der Erfinder der „Katzenjammer Kids“, Rudolph Dirks, kam aus Heide. Die „Kids“ mit ihrem turbulenten Familienleben erscheinen in den USA seit 1897, und sie haben den modernen Comic mitgeprägt. Auch Rudolphs

Bruder Gus Dirks zeichnete Bildergeschichten. Die Ausstellung „Comic-Kult(ur)“ ist Teil der Reihe „Kulturland Schleswig-Holstein“, die der Landtag gemeinsam mit der Investitionsbank IB.SH ausrichtet. Partner sind „Pure Fruit“ und die Museumsinsel Lüttenheid in Heide. Die Ausstellung ist vom 14. Juni bis Ende August täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei, lediglich der Personalausweis ist erforderlich.



Die „Katzenjammer Kids“: amerikanische Bildergeschichten mit kräftigem deutschen Akzent („Und I shall haff der great happiness“).

Gedenken in Neustadt an die „Cap Arcona“-Opfer

Am 2. und 3. Mai erinnern zahlreiche Initiativen in und um Neustadt an die „Cap-Arcona“-Tragödie vom 3. Mai 1945. Damals waren bei einem britischen Luftangriff auf mehrere Schiffe in der Lübecker Bucht fast 7.000 KZ-Häftlinge gestorben. Die SS hatte die Gefangenen an Bord

des Passagierdampfers „Cap Arcona“ und des Frachtschiffes „Thielbek“ gebracht. Vertreter des Landtages werden an der Auftaktveranstaltung am 2. Mai um 16:00 Uhr auf dem Neustädter Marktplatz, an einem Podiumsgespräch am gleichen Ort um 17:00 Uhr und an einer öffentlichen Gedenkfeier mit Kranzniederlegung am 3. Mai um 11:00 Uhr auf dem Ehrenfriedhof Cap Arcona in Neustadt-Pelzerhaken teilnehmen.

Aktuelles auf www.sh-landtag.de

Sprechtage der Bürgerbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, plant auch im Frühjahr Außensprechtage, um Bürger vor Ort zu beraten.

Geplant sind folgende Termine:

Donnerstag, 7. April: Lübeck
Dienstag, 19. April: Heide
Donnerstag, 5. Mai: Lübeck
Dienstag, 17. Mai: Heide
Donnerstag, 2. Juni: Lübeck
Dienstag, 21. Juni: Heide

Termine in **Lübeck** bei der Deutschen Rentenversicherung Nord, Ziegelstr. 150, 10:00 bis 15:00 Uhr. Termine in **Heide** in der Kreisverwaltung, Stettiner Str. 30, 11:00 bis 15:00 Uhr.

Hinzu kommen die „Dienstleistungsabende“ in Kiel, Karolinenweg 1: jeden Mittwoch von 15:00 bis 18:30 Uhr. Zu den Terminen ist eine Anmeldung erforderlich. Telefon: 0431/988-1240. Weitere Termine sind nach Vereinbarung möglich.

Aktuelles unter www.sh-landtag.de,
Rubrik „Beauftragte“